

Landesinfo Baden-Württemberg



13. Dezember in Stuttgart vor dem Kultusministerium: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft demonstriert gegen die Kürzungen von Lehrerstellen im Landeshausalt. Die LINKE unterstützte die Aktion und war mit einem Transparent dabei.

Bundestagswahl 2013

**Bewerberinnen
und Bewerber
stellen sich vor** S. 4

Eurokrise
**Bericht von der
Veranstaltung** S. 14

Sozialticket

**Breite Bewegung
in den Städten** S. 19

Sozialpolitik
**Gastbeitrag des
VdK Baden-
Württemberg** S. 23

Christina Frank

**Kämpft für
Schlecker-Frauen** S. 24

Flüchtlinge
Linke hilft vor Ort S. 27

Inhalt

■ ■ ■	Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Landesliste	3
■ ■ ■	Linke Regionalkonferenzen in Ulm und Heilbronn	12
■ ■ ■	Tagung Eurokrise am 1. November	14
■ ■ ■	Keine deutschen Soldaten und Raketen in die Türkei	15
■ ■ ■	Keine Kürzung bei der Bildung!	16
■ ■ ■	Mieterhöhungen nach Sanierung begrenzen	19
■ ■ ■	Besuch beim Sozialverband VdK	22
■ ■ ■	Ulmer Dialog zum Grundeinkommen	24
■ ■ ■	Ausstieg aus S 21 in greifbarer Nähe	26
■ ■ ■	Veranstaltungsrückblick	32

Das nächste Landesinfo erscheint im März 2013.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 1/2013 ist der 20. Februar.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN-Verlag, Stubai Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com
 Druck: Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner Str. 30, 01277 Dresden.

Beste Grüße zum Jahreswechsel

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Jahr 2012 war kein leichtes Jahr für DIE LINKE. Aber wir erleben seit dem Bundesparteitag im Juni wieder einen Aufwärtstrend. Im Landesverband, in den Kreisverbänden, mit unseren Bundestagsabgeordneten und Kommunalpolitikern beschäftigten wir uns im vergangenen Jahr mit wichtigen Themen wie Kitabetreuung, Schulpolitik, Gesundheitsversorgung, Verkehr, Inklusion, Sozialtickets, prekäre Beschäftigung, Energiewende, Wohnen, Kriegspropaganda an Universitäten und Militärpropaganda an Schulen. Zum Thema Eurokrise gab es zahlreiche Veranstaltungen in den Kreisverbänden und eine mit 200 Teilnehmenden gut besuchte landesweite Fachtagung. Am 14. November haben wir uns als einzige Bundestagspartei solidarisiert mit den Generalstreiks in Griechenland, Spanien, Portugal gegen die unsoziale Sparpolitik in der Europäischen Union, und wir haben uns beteiligt an den EU-weiten Aktionen der europäischen Gewerkschaften. Das Zusammenwirken außerparlamentarischer und parlamentarischer Initiativen für ein anderes, für ein soziales und demokratisches Europa muss in den kommenden Monaten von uns weiter und verstärkt betrieben werden.

Das nächste Jahr wird für uns sehr wichtig. Die Bundestagswahl am 22. September wird zeigen, ob uns die Menschen bei unseren Forderungen zustimmen und uns dazu auch zutrauen, Veränderungen zu bewirken. Auf vier Regionalversammlungen in Freiburg, Ulm, Heilbronn und Karlsruhe gab es erste Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Diese regionale Vernetzung wollen wir verstärken. Am 26. Januar

wählt die Landespartei die Landesliste für die Bundestagswahl. Unser Ziel: wir wollen wieder sechs Mandate aus Baden-Württemberg erreichen. Wir wünschen uns ein Team aus Kandidatinnen und Kandidaten, das die Linke im Land repräsentiert und mit den Gremien und den Kreisverbänden der Partei in Baden-Württemberg gut zusammenarbeitet. Um einen erfolgreichen Wahlkampf führen zu können, brauchen wir in den nächsten Monaten vor allem viele aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die sich in den Kreisverbänden und Wahlkreisen engagieren. Wir wählen derzeit 38 Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen, mit denen wir den Wahlkampf im neuen Jahr gemeinsam vorbereiten und die Unterstützung vor Ort brauchen. Und wir benötigen Geld, um den Wahlkampf finanzieren zu können. Wir erhalten keine Spenden aus den Banken- und Konzernetagen. Deshalb bitten wir alle Mitglieder, die ihren Beitrag dieses Jahr noch nicht entrichtet haben, dies schnell nachzuholen. Und wir bitten alle anderen, sich Gedanken zu machen, ob Sie ihren Beitrag etwas erhöhen können oder sich eine einmalige Spende zum Jahreswechsel leisten können. Jeder Euro hilft.

Wir wünschen allen Mitgliedern der LINKEN in Baden-Württemberg erholsame Feiertage und ein engagiertes und erfolgreiches Jahr 2013.

Geschäftsführender Landesvorstand:
 Christoph Cornides, Heidi Scharf, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit
Bankverbindung: DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto Nr. 289 582 700

Landesparteitag der LINKEN

26. und 27. Januar 2013 in Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Straße 20

Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Landesvertreterinnen-Versammlung der LINKEN Baden-Württemberg am Samstag, 26. Januar; Einlass 9 Uhr, Beginn 10.30 Uhr.

Hinweis: Stimmberechtigt sind 200 in den Kreisverbänden entsprechend Wahlgesetz gewählte Vertreterinnen und Vertreter. Diese müssen in Baden-Württemberg das Wahlrecht haben. Wir bitten die Kreisverbände, alle Gewählten im Landesbüro zu melden.

Landesparteitag der LINKEN

am Sonntag 27. Januar; Beginn 9 Uhr, Mit Nachwahlen zum Landesvorstand und zur Landesschiedskommission.

Hinweis: Stimmberechtigt sind die 210 regulären, bereits gewählten Delegierten. Wir bitten die Kreisvorstände und Solid darauf hinzuwirken, dass möglichst alle Mandate wahrgenommen werden bzw. die gewählten Ersatzdelegierten zum Einsatz kommen können. Wer zu beiden Konferenzen delegiert ist und Übernachtung in Stuttgart braucht, bitte im Landesbüro anmelden.

Kriterien für Kandidaturen zum Deutschen Bundestag

Beschluss des Parteivorstandes vom 8./9. Dezember 2012

Für Kandidaturen zu den Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag gelten folgende Kriterien:

I.
DIE LINKE will bei den Bundestagswahlen 2013 mit den Schwerpunktthemen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, Frieden und Demokratisierung der Gesellschaft ein Ergebnis erreichen, das möglichst nah an das sehr gute Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heranreicht. Dabei werden wir auf konkrete Lösungen der Probleme und auf Kooperation in einer breiten gesellschaftlichen Linken setzen. Wir wollen einen anderen Weg gehen – einen wirklichen Richtungs- und Politikwechsel vorbereiten, mit allen, die dazu bereit sind.

DIE LINKE orientiert darauf, Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit eintreten, die in der Partei durch ihre politische Arbeit oder ihr öffentliches Wirken im Sinne der Ziele der LINKEN verwurzelt sind.

Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der Partei DIE LINKE sind als Mitglieder dem Erfurter Programm sowie dem Bundestagswahlprogramm verpflichtet; als Nichtmitglieder stehen sie den dort formulierten Grundsätzen nahe.

Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten,

- dass sie die Programmatik der Partei DIE LINKE aktiv vertreten und sich im Wahlkampf von der Wahlstrategie der Partei leiten lassen;
- politische und fachliche Kompetenz, politische und rhetorische Kommunikationsfähigkeiten sowie moralische Integrität;
- die Bereitschaft, die eigene politische Biographie offen zu legen;
- den Wahlkampf in enger Abstimmung mit dem Bundeswahlbüro und der Bundeswahlkampfleitung der Partei zu führen;
- Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten, sich am gemeinsamen Internet-Auftritt zu beteiligen und eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten;

- Beratungs- und Trainingsangebote wahrzunehmen,

Wir erwarten von unseren Abgeordneten,

- eine ausgeprägte Basisverbundenheit
- Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern
- die Bereitschaft, sich bei der Einrichtung von Wahlkreisbüros mit dem jeweiligen Landesvorstand abzustimmen und sich an den vom Parteivorstand zu entwickelnden Qualitätskriterien für Wahlkreisbüros zu orientieren
- eine existenzsichernde Bezahlung

der Bundestagsfraktion zu treffenden Vereinbarungen zu entrichten.

II.

Zur Höhe des Mandatsträgerbeitrages der Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag für die 18. Legislaturperiode

Der gemäß Bundessatzung und Bundesfinanzordnung zu entrichtende Mandatsträgerbeitrag der Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag wird ab der 18. Legislaturperiode auf monatlich 1.250 Euro festgelegt.

Der monatliche Mandatsträgerbeitrag wird um 100 Euro für jedes Kind, für das die/der Abgeordnete unterhaltspflichtig ist, vermindert.

In Abstimmung mit dem Fraktionsvorstand schließt der Parteivorstand mit den gewählten Abgeordneten jeweils Vereinbarungen über die Höhe des zu entrichtenden Mandatsträgerbeitrages ab.

Der Landesvorstand der LINKEN Baden-Württemberg hat ähnliche Kriterien aufgestellt und im Landesinfo Juli/2012 veröffentlicht. In dem Beschluss wird unter anderem von den Abgeordneten erwartet:

ihrer Beschäftigten, mindestens in Anlehnung an den öffentlichen Dienst

- Parteitagebeschlüsse zu beachten
- sich an inhaltlichen Diskussionsprozessen der Parteigremien zu beteiligen und diese zu befördern
- regelmäßig an Plenar-, Fraktions-, Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen sowie an bundesweiten Treffen der Sprecherinnen und Sprecher für ihre Fachgebiete teilzunehmen
- ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte hieraus vollständig transparent zu machen.

Mit den Bewerberinnen und Bewerbern für Kandidaturen auf den Listen der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013 werden schriftliche Vereinbarungen über ihre Bereitschaft getroffen, die genannten Kriterien anzuerkennen und zu erfüllen sowie Mandatsträgerbeiträge gemäß Bundessatzung sowie den zwischen dem Parteivorstand und

klärung, für die Partei einen angemessenen Mandatsträgerbeitrag zu spenden.

- Bereitschaft, als MandatsträgerIn ein Wahlkreisbüro in der Region zu unterhalten und personell gut auszustatten. Mindestens zwei Drittel der Abgeordnetenressourcen sollen für parlamentarische Arbeit im Wahlkreis und der Region Baden-Württemberg eingesetzt werden. Bereitschaft zur Bildung einer Baden-Württemberg-Landesgruppe. Gemeinsame Gewährleistung einer optimalen politischen Präsenz der Bundestagsfraktion mit Büros in der Fläche des Bundeslandes durch die Abgeordneten.
- Regionale und thematische Verteilung: Die Landesliste sollte aus einem Team bestehen, bei dem Regionen und unterschiedliche Spektren der politischen Arbeit berücksichtigt sind.



Im folgenden stellen wir die bis zum 12. Dezember eingegangenen Bewerbungen für eine Kandidatur auf der LINKEN-Landesliste zur Bundestagswahl im September 2013 in alphabetischer Reihenfolge vor.

Marta Aparicio

Kandidatin im Wahlkreis Stuttgart Nord, bewirbt sich für Platz 3 der Landesliste



Liebe Freunde, mein Name ist Marta Aparicio. Ich komme aus Argentinien und lebe seit 27 Jahren in Stuttgart. Ich habe in meiner Jugend für die Abschaffung der Militärdiktatur und für eine demokratische Gesellschaft in Argentinien gekämpft, und mit diesem politischen Bewusstsein bin ich nach Deutschland gekommen. Hier habe ich ein Studium der Politikwissenschaft und Ethnologie abgeschlossen und zwei Töchter groß gezogen. Ich war stets in Solidaritätsbewegungen und auf internationaler Ebene aktiv und vertrete heute in Europa die linke argentinische Partei „Movimientos libres del Sur“.

Hier und heute liegen mir besonders die Bereiche Arbeit, Bildung, Frauen und Migration am Herzen. Durch meine Tätigkeit als Fachbereichsleiterin und Betriebsrätin bei der Volkshochschule Stuttgart setze ich mich täglich mit den Problemen auseinander, die durch prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen.

DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit und für eine andere Gesellschaft einsetzt. Das hat mich stets motiviert und begeistert, und so habe ich mich seit der Gründung der LINKEN an der Basis in Stuttgart engagiert. Im Widerstand gegen S 21 war ich von Beginn an aktiv, und ich vertrete DIE LINKE sowohl im Aktionsbündnis als auch im Vorbereitungsteam für die Montagsdemos. 2009 habe ich für den Bundestag kandidiert, bei der Landtagswahl 2011 war ich Spitzenkandidatin.

DIE LINKE hat alle Instrumente zur Verfügung, um ein gerechteres Leben für alle zu gestalten. Von uns kommen die richtigen Antworten – und nur von uns werden konkrete Lösungen zur Veränderung des Systems erwartet. DIE LINKE wird gebraucht, um die Demokratie in Deutschland und der Welt zu stärken und eine neue politische Ordnung herzustellen. Das sind die Ziele und Visionen, die mich beflügeln.

Aus all diesen Gründen will ich für den Bundestag kandidieren. Als Hauptstadt von Baden-Württemberg braucht Stuttgart eine Bundestagsabgeordnete, die vor Ort Präsenz zeigt und so dazu beiträgt, die LINKE im Land zu stärken.

Parlamentarismus allein reicht jedoch nicht aus, um das System zu verändern. Deshalb will ich mein Amt als Bundestagsabgeordnete auch dazu nutzen, DIE LINKE an den Orten der außerparlamentarischen Proteste sichtbar zu machen und ihr eine unüberhörbare Stimme zu verleihen, damit die Welt sozialistischer und damit gerechter wird. – Ich sehe es als meinen Auftrag, zum Aufbau einer starken LINKEN in Baden-Württemberg beizutragen. Lasst uns die Chance ergreifen, lasst uns weiter Geschichte schreiben. Und, wie Jean-Luc Mélançon auf der Place de la Bastille ausgerufen hat: Lasst die Farbe Rot Mode werden!

Karin Binder

MdB, Kandidatin im Wahlkreis Karlsruhe, bewirbt sich für Platz 3 der Landesliste

Jahrgang 1957, Einzelhandelskauffrau und Handelsfachwirtin, 2003 bis 2005 Vorsitzende des DGB Mittelbaden, seit 2005 Bundestagsabgeordnete, Obfrau der Linksfraktion im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Parlamentarische Geschäftsführerin, Koordinatorin der Landesgruppe Baden-Württemberg und Kreissprecherin DIE LINKE.Karlsruhe.



Liebe Genossinnen und Genossen, als LINKE haben wir gemeinsam in vielen wichtigen Bereichen gute Arbeit geleistet, Aktionen unterstützt und Themen auf die Tagesordnung gesetzt, die andere lieber hätten unter den Tisch fallen lassen. Gerade in der Friedenspolitik, im Kampf gegen Rechtsextremismus, im Ausbau der Demokratie und dem Widerstand gegen ESM und dem Fiskalpakt vertreten wir die richtigen Positionen.

Genauso wichtig wie diese „großen“ Themen, sind aber auch die Themen, die Menschen im Alltag bewegen und ganz unmittelbar betreffen. Viele Menschen, die von Hartz IV, steigenden Mieten, Niedriglöhnen oder prekärer Beschäftigung gebeutelt sind, fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen. Um diese Menschen zu erreichen, müssen wir ihre Themen noch direkter aufgreifen und vertreten.

Familien, Alleinerziehende und RentnerInnen sind täglich mit sinkenden Einkommen und steigenden Kosten konfrontiert. Es geht um die Ernährung der Familie, um die Betreuung der Kinder, die steigenden Strompreise, die Kosten für den Weg zur Arbeit oder um die Versorgung kranker oder alter Angehöriger. Das sind Sorgen der Menschen, für die wir als LINKE, noch mehr als bisher, Antworten geben und Lösungen finden müssen.

In meiner parlamentarischen Arbeit spielt die Aufklärung über die Machenschaften der Lebensmittelkonzerne und Discounter eine große Rolle. Besonders wichtig ist mir eine vernünftige Ernährung für alle Kinder und Jugendliche. Daher trete ich für eine flächendeckende kostenfreie Schul- und Kitaverpflegung für alle Kinder ein. Billiglebensmittel, voll ungesunder Sattmacher, dürfen nicht zum Standard werden. Billige Produkte werden billig produziert zu Lasten der Gesundheit der ArbeiterInnen und der VerbraucherInnen. Darum engagiere ich mich für unbelastete Lebensmittel ebenso wie für sicheres Spielzeug oder

andere Schadstoff freie und unter guten Arbeitsbedingungen hergestellte Produkte für Alle, auch für Menschen mit einem kleinen Geldbeutel.

Diese Arbeit möchte ich zusammen mit euch gerne fortsetzen. Deshalb bewerbe ich mich um Platz 3 der Landesliste. Mehr erfahrt ihr unter www.karin-binder.de.



Heinz Deininger

Kandidat im Wahlkreis Heilbronn

Studium und Beruf: 63 Jahre, geschieden, drei Kinder, zwei Enkelkinder. 1968 Abi am THG in Heilbronn. 1970–1980 Physikstudium in Heidelberg und Informatikstudium an der TU Berlin (Dipl.-Inf.). 1980–2012 Arbeit bei PSI AG Berlin (Systemanalytiker), bei Alcatel SEL Stuttgart (Rechnernetze) und bei Cisco Systems (Systemingenieur, Manager); zuletzt deutschlandweit Abteilungsleiter Technik (30 Systemingenieure) im Bereich Öffentliche Hand. Im April 2012 im Zuge eines Personalabbaus ausgeschieden. Zwei Jahre im Vorstand der Mitarbeitervertretung bei Cisco.

Politisches: 1973–1980 Aktiv in einer linken Studentengruppe an der TU Berlin. 1980–1984 ÖTV-Mitglied. 1984–1989 Mitglied bei den Grünen (Ökosozialistischer Flügel), Gründung des OV Löwenstein, drei Jahre im Vorstand des KV Heilbronn. Zusammenarbeit u.a. mit der Antifa und der Anti-AKW-Bewegung. Danach Aktivitäten bei „Nie wieder Deutschland“ und der Radikalen Linken. Zusammenarbeit mit NGOs wie medico international, Komitee für Grundrechte und Demokratie, ProAsyl, und den Parteien PDS und LINKE. 2010 Kreistag-Kandidatur für die LINKE im Wahlbezirk Obersulm auf Platz 1. Mitglied bei der Gewerkschaft Verdi seit Anfang 2012. Seit Mai 2012 Erster Vorstand des „Freundeskreis ehemalige Synagoge Affaltrach“.

Bewerbung für einen Platz auf der Landesliste Baden-Württemberg

Ich bin nicht Mitglied der LINKEN, aber enger Sympathisant. DIE LINKE spielt als einzige wirkliche Opposition und als einzige Partei mit alternativem Programm eine ganz unverzichtbare Rolle, besonders bei Sozialpolitik (Hartz

IV, Rente mit 67, Umverteilung des Reichtums, Mindestlohn, Eigentumsfrage), Wirtschaftspolitik (Bankensektor, (inner)betriebliche Demokratie, Staatsquote, Finanzierung der Kommunen, Kampf gegen den Fiskalpakt), Außenpolitik (Darstellen von und Eintreten für nichtmilitärische Lösungen in der EU, Flüchtlingspolitik) und Umwelt- und Verkehrspolitik (z.B. gegen S21). DIE LINKE steht für die unverzichtbare Gerechtigkeit in der Gesellschaft und für eine menschenwürdigere Verteilung des Reichtums und gesellschaftliche Partizipation aller Menschen inner- und außerhalb Deutschlands. Das will ich im Wahlkampf rüberbringen. Biografisch bin ich nicht der typische „LINKE“, kann aber dadurch vielleicht auch andere Kreise ansprechen. Ich stehe in Heilbronn gegen Thomas Strobl, Parteivize der CDU. Eine gute Platzierung auf der Landesliste würde helfen; sie würde auch die Offenheit der LINKEN zeigen. Meine Schwerpunkte sind Wirtschafts- und Technologiepolitik (IT).

Stefan Dreher

Kandidat im Wahlkreis Esslingen.



57 Jahre alt, verheiratet, eine erwachsene Tochter, arbeitet bei MdB Richard Pitterle in Böblingen. Gelernter Automechaniker. In der Partei dabei fast seit WASG-Gründung, Landessprecher der AG Betrieb und Gewerkschaft, Mitglied der Antragskommissionen des Landes- und des Bundesparteitags. Mitglied der Esslinger IG Metall, dort Mitglied der Vertreterversammlung. Engagiert in der Schlecker-Frauen-Bewegung. Liebe Genossinnen und Genossen, meine Schwerpunkte sind naturgemäß die Wirtschafts-, Industrie-, Arbeits-

markt- und Sozialpolitik. Die Liberalisierungen der letzten Bundesregierungen haben in diesen Bereichen gewaltige Gleichgewichtsverschiebungen in der Gesellschaft hervorgebracht. Mir geht es darum, diese Verschiebungen zusammen mit Gewerkschaften und gesellschaftlichen Bewegungen umzukehren, und darüber hinaus für unsere neue soziale Idee Beispiele zu schaffen, um den Menschen Mut zu machen.

Das Dogma der andern Parteien lautet: Die Großen und die Reichen zahlen nie. Daraus resultiert unser Alleinstellungsmerkmal, wenn wir betonen, dass die Reichen und die Großen endlich zahlen müssen. Dieses Alleinstellungsmerkmal kann man auf alle für uns wichtigen Themen herunterbrechen. Es ist wichtig, auch der so genannten Mittelschicht, Angestellten, Facharbeitern oder Rentnern verständlich zu machen, dass gerade sie immer stärker belastet werden, während gerade ihr Geld es ist, das die Großen und die Reichen noch größer und noch reicher macht.

Nach wie vor bleibt richtig: Die Verschuldung der öffentlichen Hand sind in der Summe die nicht gezahlten Steuern der Reichen und der Großen.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand jedoch bedeutet gerade für die Mittelschicht und für alle, die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind, im Endeffekt eine schlechtere Lebensqualität. Was einst kostengünstig öffentlich angeboten wurde, muss nun – privatisiert – teuer zugekauft werden. Weil prekäre Arbeitsverhältnisse immer mehr um sich greifen, eine Folge der falschen Politik der letzten Jahre, wird für die Betroffenen ihre Lebensqualität doppelt beeinträchtigt, wenn sie auch privatisierte Dienstleistungen brauchen.

Wir müssen klarmachen, für was die Linke steht: Wir stehen für ein gutes Leben für alle, auch wenn die Reichen und die Großen dafür mehr zahlen müssen.

„Niemand im Bundestag muss an einem alten Audi einen Heizkühler austauschen können. Aber es tut dem Bundestag gut, wenn es wenigstens einen gibt, der das kann.“

Thomas Edtmaier

Kandidat im Wahlkreis Göppingen.

Ich bin 47 Jahre alt, verheiratet und habe einen neunjährigen Sohn. Über 30 Jahre bin ich für die AOK tätig, bei der ich meine Aus- und Weiterbildungen absolvierte. Durch Umstrukturierungen arbeite ich seit 2008 im Tochterunternehmen ITSCare – IT Services für den Gesundheitsmarkt. Ebenso lange bin ich Mitglied bei Ver.di sowie im Personal- und Betriebsrat tätig.

2007 wurde ich erstmalig als ehren-



trag sich im Bundestag für eine Politik einzusetzen, die dem entfesselten Kapitalismus entgegenwirkt. Gerade zum Wohle zukünftiger Generationen. Meine beruflichen Lebenserfahrungen, wie auch die politischen und ehrenamtlichen Funktionen und mein Kampf gegen Faschismus, sind tägliche Motivation mit der LINKEN für eine „**friedlichere, sozialere und gerechtere Welt**“ zu kämpfen. Deshalb möchte ich für DIE LINKE. Baden-Württemberg, gerade auch als nächst jüngere Generation, in den Deutschen Bundestag.

Christina Frank

Kandidatin im Wahlkreis Stuttgart Süd.

Bei der Gewerkschaft Verdi in Stuttgart bin ich zuständig für die Vertretung der Interessen der Beschäftigten im Handel. Zuvor habe ich die Interessen der Beschäftigten und Betriebsräte bei den Volksbanken geschützt.

Ich erlebe täglich die Auswirkungen des deregulierten Arbeitsmarktes, atypischer und prekärer Arbeit, ungerechter Sozialpolitik. Ich erlebe die Wirkung zu hoher Mieten, Energie- und Nahverkehrskosten, wie Menschen oft krank, mit Zahnlücken und Billigbrille arbeiten gehen. Ich sehe die Angst vor weiterer finanzieller Belastung durch die offene Umverteilung und gesellschaftliche Spaltung in der Eurokrise. Ich sehe Armut im Alter und bereits die Angst davor, ich erlebe wie besonders Junge, deren Eltern die Ausbildung nicht zahlen können, sich für eine Chance krumm legen. Gerade im Handel gibt es viele Menschen, wo am Ende des Geldes noch viel vom jeweiligen Monat übrig ist.

Durch die Insolvenz von Schlecker stehen auch die Arbeitslosen im Fokus,



amtlicher Richter an das Sozialgericht Stuttgart berufen.

Nach meinem parteilosen Antritt zur Kommunalwahl auf der Liste der Göppinger LINKEN 2009 wurde ich nach meinem Parteieintritt in den geschäftsführenden Vorstand der LINKEN Göppingen & Geislingen gewählt.

Bereits 2006 war ich Gründungsmitglied des ersten Bündnisses gegen Rechts in Göppingen und gehöre dem jetzigen Bündnis „Kreis Göppingen – Nazifrei“ an.

Als Gegner von Stuttgart 21 war ich u.a. bei der Demonstration am Schwarzen Donnerstag im Schlossgarten. Die dortigen Erlebnisse haben meinen politischen Einsatz gegen die neoliberalen Parteien bestärkt.

In meiner Freizeit engagiere ich mich seit Jahren in Göppingen bei dem sozialen Projekt „Gambia-Hilfe“ und war auch bereits mehrfach vor Ort. Dieses Projekt unterstützt Kinder und junge Menschen bei Erziehung und Bildung in einem der ärmsten Länder der Erde.

Durch meine Ausbildung bei der Krankenkasse und als ehrenamtlicher Richter habe ich oft mit BürgerInnen zu tun, die am Existenzminimum leben. Hartz IV und prekäre Arbeitsverhältnisse verschärfen solche Lebenssituationen jetzt und in der Zukunft noch viel mehr:

„Nur DIE LINKE. steht als Partei für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert, für eine armutsfreie und solidarische Mindestrente und für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit“.

So steht es in unserem Parteiprogramm und so müssen wir es den BürgerInnen „*ehrlich und transparent*“ vermitteln.

Mahatma Gandhi sagte einmal: „*Wir müssen die Änderung sein, die wir in der Welt sehen wollen!*“

Diese Losung ist geradezu ein Auf-

denen das Selbstbewusstsein zerstört wird, und wie gleichzeitig die Angst vor Hartz IV umgeht, was Menschen sichtbar entwürdigen kann.

In meiner Arbeit setze ich an den betrieblichen Konflikten an. Alle Projekte, die ich konkret anpacke, versuchen zu Gegenwehr zu motivieren, Alternativen zu entwickeln, Menschen zu stärken, Selbstbewusstsein im Handeln zu vermitteln – Menschen für eine konkrete Einmischung in Politik zu begeistern. Aus der Wut, der Enttäuschung versuchen, Gegenwehr zu schaffen. Das hilft auch meiner persönlichen, unendlichen Wut, die eine Perspektive zur Veränderung der Verhältnisse sucht.

Es muss sich etwas ändern! Für mich gilt: Millionen selbstbewusster Menschen sind stärker als Millionäre. Um deren Stimmen kämpfe ich mit euch bei der Bundestagswahl.

Eva-Maria Glathe-Braun

Kandidatin im Wahlkreis Ulm

Liebe Genossinnen und Genossen, Mein Name ist Eva-Maria Glathe-Braun und ich bin alleinerziehende Mutter, zweier Töchter. Beruflich bin ich am Theater tätig. Geboren bin ich in Rostock und lebe seit 1999 in Ulm. Hier bin ich Sprecherin des KV Ulm / Alb-Donau und Direktkandidatin unseres Wahlkreises 291 zur Bundestagswahl 2013.

Durch meine Tätigkeit in einer Branche mit ihren befristeten Arbeitsverhältnissen, geringen Einkommen, Honorarverträgen und geteilten Diensten erlebe ich täglich, was es bedeutet, unter solch prekären Arbeitsbedingungen leben zu müssen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind auf ausbeuterische Zusatzverdienste, auch auf Zuschüsse aus den Solidarkassen angewiesen. Vielen droht darüber hinaus Armut im Alter. Nur wenige streiten in Konfliktfällen aus Angst vor dem Verlust ihrer jeweiligen Anstellung für ihre Rechte. Tragfähige Lebensperspektiven lassen sich so kaum entwickeln.

Mein entschiedener politischer Kampf gilt zuvorderst der Abschaffung ausbeuterischer Leiharbeit samt ebensolcher Scheinselbstständigkeit, nicht zuletzt der Abschaffung des repressiven Sanktionssystem Hartz IV. Ich streite für einen ausreichenden gesetzlichen Mindestlohn. Für eine ausreichende und sanktionsfreie Grundsicherung. Für eine würdige Versorgung auch im Alter. Für ein gerechtes und solidarisches Miteinander in unserer Gesellschaft. Wohnen und Mieten, Energie, nicht zuletzt auch Mobilität, essentielle Grundbedürfnisse allesamt werden immer teurer. Sind für



viele Mitmenschen, allemal in prekären Lebens- und Einkommensverhältnissen, kaum mehr bezahlbar. Gleichwohl wird Wohnraum öffentlicher Träger weiter privatisiert. Gerade sie müssen soziales Wohnen wieder als eine ihrer ureigsten Aufgaben verstehen. Kein soziales Ausbluten des Wohnens in den Zentren. Energie muss zu fairen Preisen zur Verfügung gestellt, Abklemmen bei Rückständen muss ausgeschlossen werden. Ein bundesweites Mobilitätsticket im ÖPNV hat die Aufgabe, Beförderung auch für Einkommensschwache zu ermöglichen.

Eine essentielle Voraussetzung für Wahrnehmung von Bürgerrechten und Bürgerbeteiligung ist Transparenz und Information. Weiterhin haben fast ein Drittel unserer Bundesländer, darunter auch Baden-Württemberg, keine eigenen Transparenzregelungen für ihren Geltungsbereich. Der bisweilen willkürliche Umgang der Verwaltungen mit Informationen muss durch einen klaren Rechtsanspruch des Bürgers beendet, Informationsfreiheit als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen werden.

Annette Groth

MdB, Kandidatin im Wahlkreis Bodensee

Bei uns leben mehr als 4,5 Millionen Menschen von Hartz IV, 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnssektor, immer mehr RentnerInnen müssen arbeiten, weil ihre Renten nicht zum Leben ausreichen. Gleichzeitig nimmt der Reichtum einiger Weniger ständig zu. Täglich werden bei uns 100 Millionen Euro für Rüstung ausgegeben; 150 Milliarden Euro beträgt der volkswirtschaftliche Schaden durch Korruption allein für 2012; d.h. es gäbe bei linker Mehrheit genug Geld für Bildung, Gesundheit, ökologischen Umbau und Rente! Als Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe bin ich mit der Austeritätspolitik von Troika, EU und Bundesregierung beschäftigt. Die Folgen der Spardiktate für die griechi-

sche Bevölkerung sind grausam. Die hohe Arbeitslosigkeit und über eine Million Flüchtlinge schaffen ein explosives Klima, das leider nicht nur Syriza große Wahlerfolge beschert, sondern auch der Neonazi -Partei „Goldene Morgenröte“. Täglich gibt es rassistische Übergriffe auf Asylsuchende und MigrantInnen, zunehmend auch auf Linke, Anti-

fascistInnen und JournalistInnen. Der Zulauf zu den Neofaschisten in der EU ist beängstigend wie auch die zunehmende Gewalt und Folter durch Polizeibeamte. Die EU will die Krise nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhöhen, d.h. mehr „Reformen“ und Sparpakete! Ich dagegen fordere eine drastische Umverteilung von oben nach unten und



ein Verbot der Hedgefonds sowie der toxischen Finanzpapiere, um so das globale Kasino effektiv zu bekämpfen. Als menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion beschäftige ich mich u.a. mit Menschenhandel, Diskriminierung von Roma (bei beiden Themen bin ich Berichterstatterin des Europarats), der inhumanen Flüchtlingspolitik, Kampf gegen die Todesstrafe und damit auch Kampf gegen „extralegale Tötungen“ z.B. durch Drohnen. Menschenhandel ist „moderne Sklaverei“ und gehört zu den profitabelsten Industrien, oft verbunden mit Drogen- und Waffenschmuggel der international organisierten Kriminalität. Bekannt bin ich durch mein Engagement für die Menschenrechte in Nahost. Dieses Engagement möchte ich als einen Schwerpunkt weiter verfolgen, falls ich 2013 wieder gewählt werden sollte. Nur

wenn es gelingt, den Nahostkonflikt zu lösen, hat die Region eine Chance auf Frieden und Demokratie. Mein Ziel im Parlament ist klar: Gegenmacht organisieren und außerparlamentarische Bewegungen wie Stuttgart 21, UmFAIRteilen, Friedens- und Anti-Atom-Bewegung unterstützen und ihre Anliegen im Parlament vertreten.

Heike Hänsel

MdB, Kandidatin im Wahlkreis Tübingen, bewirbt sich für Platz 2 der Landesliste

Ernährungswissenschaftlerin, ledig, 46 Jahre, Bundestagsabgeordnete seit 2005, Büros in Tübingen und Ulm. Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion, Vorsitzende des Unterausschusses für Vereinte Nationen und Globalisierung.

Seit 2005 arbeite ich im Parlament zu Entwicklungspolitik, internationaler Friedenspolitik und EU-Politik. Schwerpunkte sind linke Regierungen und Bewegungen in Lateinamerika, Kampf gegen multinationale Konzerne und die Freihandelspolitik der EU sowie die Kriegs- und Konfliktregionen Afghanistan, Mittlerer und Naher Osten. Der vollständige Abzug der Bundeswehr und das Ende der NATO-Besatzung in Afghanistan müssen nach wie vor zentrale Forderungen für DIE LINKE bleiben! Verbunden mit einem klaren Nein zu jeglichem Auslandseinsatz der Bundeswehr und einem generellen Verbot von Rüstungsexporten. Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit, der Hochschulen und Schulen durch den Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee muss beendet werden.

Mein Anliegen war immer auch ganz konkret Friedenskräfte vor Ort



in Kriegsregionen zu unterstützen, sie sichtbar zu machen und ins Parlament oder den Wahlkreis zu bringen. Sei es aus Afghanistan, wie z.B. die Frauenrechtlerin Malalai Joya, aus Israel/Palästina, Syrien, Kolumbien u.a.

Friedenspolitik statt Militärinterventionen, Demokratisierung und Mitbestimmung statt Fiskalvertrag und Bankenmacht und soziale Gerechtigkeit statt Agenda 2010 sind für mich die entscheidenden Themen im Wahlkampf 2013.

Ich bin der festen Überzeugung, DIE LINKE muss auch außerhalb des Parlaments, gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben, um grundsätzlich dieses kapitalistische Wirtschaftssystem überwinden zu können. Deshalb bin ich nach wie vor in der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Bewegung aktiv, habe mich vor allem auch im Widerstand gegen die neoliberale und militaristische EU-Politik bei zahlreichen Aktionen engagiert, u.a. in Madrid, in Athen am 1.Mai, bei Blockupy in Frankfurt, UmFairteilen, 14. November in Stuttgart etc. Und natürlich beteilige ich mich so oft ich kann seit langem an Aktionen gegen Stuttgart 21.

Ich will innerhalb und außerhalb des Parlaments weiterhin dazu beitragen, dass DIE LINKE als glaubwürdige und solidarische politische Kraft wahrgenommen wird, von der eigenen Basis und von den WählerInnen. Für die Bundestagswahl 2013 möchte ich erneut auf Listenplatz 2 kandidieren und würde mich über Eure Unterstützung freuen!

Claudia Haydt

Kandidatin im Wahlkreis Nürtingen

45 Jahre alt. Zurzeit tätig als Vorstandsmitglied Europäische Linkspartei und der Informationsstelle Militarisation (IMI), als Mitarbeiterin im Bundestag (Militär-, Sicherheitspolitik) und Hochschuldozentin für Sozialarbeit.

Biographisches

Geboren in Friedrichshafen. Heilpädagogische Ausbildung in Überlingen, Studium der Religionswissenschaft und Soziologie. Seit den 1980er Jahren in der Friedensbewegung aktiv. Zehn Jahre war ich kommunalpolitisch im Tübinger Kreistag und Gemeinderat (teilweise als Fraktionsvorsitzende) aktiv; im Jugendhilfe- und Sozialbereich, im Verwaltungsausschuss und zusätzlich im Aufsichtsrat der kommunalen Verkehrs- und Wohnungsbaugesellschaften. 1999 Austritt aus den Grünen wegen deren Beteiligung am Jugoslawienkrieg. Lange Jahre war ich Redakteurin in einem Tübinger Verlag. Außer bei der LINKE bin ich u.a. auch Mitglied bei Verdi



und der DFG/VK. Ich bin eine der Sprecherinnen der BAG-Frieden.

Politische Ziele

Die Bundestagswahlen sind nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa wichtig. Wir müssen der arroganten Kaputtsparpolitik von Merkel eine solidarische Vision entgegen stellen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen in „Deutsche“ und „Griechen“, sondern müssen gemeinsam kämpfen gegen einen amoklaufenden Neoliberalismus. Die Menschen im Süden der EU sind in vieler Hinsicht das Versuchskaninchen für drastischen Sozialkahltschlag, für Zerstörung von Gewerkschaftsrechten und Demokratieabbau. Nur gemeinsam haben wir eine Chance den Kampf für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa zu gewinnen.

In Deutschland hat der soziale Kahltschlag einen Namen: Hartz IV. Während für neue Panzer und Kriegsflugzeuge genügend Geld da ist, wächst die Armut in unserem Land. Wir müssen es schaffen, die kritische öffentliche Stimmung in breiten Protest zu verwandeln. Dazu ist neben parlamentarischer Oppositionsarbeit, außerparlamentarische Bündnisarbeit und massive öffentliche Aufklärungsarbeit nötig.

Krieg und Besatzungseinsätze sind wieder zur Normalität geworden. Umso wichtiger ist es, dass es innerhalb und außerhalb des Parlaments Widerstand gegen diese Entwicklung gibt.

DIE LINKE kann nur erfolgreich sein, wenn sie inhaltlich klar ist. Keine der anderen Parteien vertritt die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens auch nur annähernd glaubwürdig. Je mehr sich die wirtschaftliche und soziale Situation zuspitzt, umso wichtiger wird DIE LINKE.

Meinen Beitrag dazu leiste ich gerne – auch als Bundestagskandidatin.

Michael Konieczny

Kandidat im Wahlkreis Ravensburg, bewirbt sich für Platz 7 der Landesliste

Eckdaten: Geboren am 15. Dezember 1966 in Bremen, von 1993 bis 2009 im Raum Hannover gelebt. Seit 2009 in Baden-Württemberg, erst in Langenau und seit 2010 in Leutkirch im Allgäu.

Beruflich: 1983 mittlere Reife, bis 1986 beim Bundesgrenzschutz tätig, danach eine weitere Ausbildung als Kraftfahrzeugelektriker. In dem Beruf bin ich auch heute noch tätig.

Gewerkschaft: Seit 1986 Mitglied der IG Metall, erst Jugendvertreter, Vertrauensmann, dann stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der Tarifkommission im Kfz-Handwerk Niedersachsen, diverse gewerkschaftliche Aktivitäten bis 2009

Politik: Geprägt durch die gewerkschaftliche Arbeit, erste Erfahrungen mit der SPD, seit April 2005 Mitglied der WASG, dann DIE LINKE. Aufbau und Gründung eines Ortsvereins (BO) in einer Zwanzigtausend-Einwohner-Stadt, dort Vorsitzender, Vorstandsmitglied WASG KV Region Hannover, Zusammenführung zur gemeinsamen LINKEN, diverse Wahlkämpfe, Mitarbeit in der Satzungskommission der Linken Region Hannover, Beratung bei der Personalfindung (Regionsfraktion und Stadtratsfraktion Hannover). Seit 2011 aktiv im Kreisverband Ravensburg, jetzt im zweiten Jahr Kreisvorsitzender. Delegierter im Landesausschuss und Landesparteitag.

Mitgliedschaften: IG Metall, VVN-BdA, ADFC

Politische Schwerpunkte: Durch meine gewerkschaftliche Prägung liegen mir natürlich die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Themen sehr am



Herzen. Eine Fortführung des sozialen Kahlschlags, der mit der Agenda 2010 begonnen hat, muss verhindert werden. Länder und Kommunen brauchen wieder eine Finanzierung durch den Bund, mit der sie handlungsfähig bleiben bzw. werden. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass in einem der reichsten Länder der Erde die Armut, insbesondere die Kinderarmut, eine immer größere Rolle spielt. Weiterhin werde ich geprägt durch die ländliche Region, in der ich lebe und bei der ich mit Entsetzen feststelle, wie wir zum Zwecke der Gewinnmaximierung unsere Umwelt zerstören.

Ein dritter und wichtiger Punkt in unserer Region ist der Wahnsinn der Rüstungsproduktion. Der Rüstungsexport ist zu stoppen.

Ich bitte um euer Vertrauen für den Platz sieben der Landesliste.

Milan Kopriva

Kandidat im Wahlkreis Pforzheim

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Milan Kopriva und ich bin Direktkandidat unserer Partei in Pforzheim und dem Enzkreis. Ich wurde am 16. April 1978 in Brno (Brünn)



in der damaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik geboren. Ende 1979 kam ich im Zuge der Republikflucht meiner Eltern in den Enzkreis, wuchs dort sowie in Pforzheim auf und entdeckte schon früh meine Leidenschaft für die Politik. Nach mehreren Jahren in der SPD trat ich auf Grund der Teilnahme der Bundesrepublik am Krieg gegen Jugoslawien und der sich immer stärker abzeichnenden Abwendung von sozialdemokratischen Positionen, vor allem auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, aus der SPD aus und zog ins nordirische Belfast, wo ich acht interessante und mich prägende Jahre verbrachte und an der Queen's University einen Bachelor in Geschichte und englischer Literatur erhielt. Nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik im Jahre 2008 trat ich in

DIE LINKE ein und begann erneut eine akademische Laufbahn, diesmal an der Fakultät Sozialwesen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart mit dem Schwerpunkt Erziehungshilfen. Seit meinem Abschluss im Herbst des Jahres 2002 bin ich als Sozialarbeiter bei einem Bildungsträger in Pforzheim tätig.

Meine politische Grundhaltung speist sich aus meinen persönlichen Erfahrungen hier in der Bundesrepublik, aber auch in Großbritannien sowie aus den Erfahrungen meiner Familie in der ehemaligen Tschechoslowakei. Für mich steht fest: Sozialismus muss ein menschliches Antlitz haben! Dieses muss sich im Umgang miteinander, im Kontakt mit der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in der Erarbeitung, Vermittlung und Realisierung unserer politischen Inhalte zeigen. Ich trete deshalb ein für

- eine solidarische Gesellschaft, welche die Ursachen sozialer Ungleichheit statt lediglich ihre Symptome bekämpft;
- eine demokratische und freie Gesellschaft, in der sich all unsere Mitmenschen sowohl ihrer Rechte als auch ihrer Pflichten bewusst sind und diese konsequent für sich und die Gemeinschaft wahrnehmen;
- eine friedliche Außenpolitik, die das

Bewusstsein für Menschenrechte statt Waffen exportiert.

Diese Grundhaltung soll, zusammen mit den politischen Forderungen aus unserem Partei- und dem noch kommenden Wahlprogramm, die inhaltliche Basis für meinen Wahlkampf bilden.

In diesem Sinne bitte ich Euch bei der Erstellung der Landesliste für die Bundes-

tagswahl um Eure Unterstützung.

Sahra Mirow

Kandidatin im Wahlkreis Heidelberg

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Sahra Mirow und ich bin Direktkandidatin für Heidelberg und Umgebung (Wahlkreis 274). Ich bin 28 Jahre alt und habe Sinologie und Archäologie studiert.

2009 bin ich in DIE LINKE eingetreten und inzwischen seit mehreren Jahren aktiv. 2011 trat ich der Linksjugend bei, in der ich bis heute als Landessprecherin aktiv bin. Eine meiner Aufgaben besteht darin, dem Landesvorstand als Beisitzerin für die Linksjugend beizuwohnen und so als Schnittstelle zwischen der



Partei und dem Jugendverband zu dienen. Außerdem bin ich im Kreisvorstand des KV Heidelberg/Badische Bergstraße tätig.

Im Zuge der globalen Krise des Kapitalismus erleben wir eine Zeit des Umbruchs, in der sich soziale Kälte mit einem starken Demokratieabbau vermengt. Hier gilt es, Widerstand zu leisten. Durch den Ausbau der Sozialsysteme, Abschaffung von Hartz IV und ein klares Nein gegen Kriegstreiberei und Rüstungsexporte: Deutschland muss der erste Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten werden. Von besonderer Bedeutung halte ich z.B. die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge und die Bildungspolitik. Nur mit gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe und Selbstbestimmung können wir eine gerechtere Gesellschaft erreichen.

Ich bin in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften aktiv. In der AG Organspende konnten wir eine Veränderung des Transplantationsgesetzes erwirken. Durch unsere monatlichen „Geld gegen Gutscheine“-Einkäufe demonstrierten wir erfolgreich gegen das entwürdigende Gutscheinsystem: Dieses erlaubte den Asylbewerbern das Einkaufen nur mit Gutscheinen und wurde jetzt in Heidelberg abgeschafft. Hier sehe ich auch das größte Potential für gesellschaftliche Veränderungen – in der Verknüpfung außerparlamentarischer Kämpfe mit den bestehenden parlamentarischen Strukturen. Ob im Bildungsstreik, Blockupy oder „Dresden Nazifrei“, im Bündnis mit anderen politischen Gruppen streite ich für eine gerechtere Gesellschaft, die jedem Menschen die gleichen Chancen ermöglicht. Durch unseren Einsatz konnten wir in Heidelberg eine der größten Linksjugendgruppen im Land aufbauen. Diese Erfolge möchte ich einbringen, um verstärkt auch junge Menschen

zu erreichen. Deswegen will ich auf der Landesliste kandidieren.

Das ist ein Ausschnitt meiner politischen Tätigkeiten. Für Rückfragen und Gespräche stehe ich immer gerne zur Verfügung. Gemeinsam werden wir einen erfolgreichen Wahlkampf bestreiten und verstärkt in den Bundestag einziehen – dafür hoffe ich auf eure Unterstützung.

Tobias Pflüger

Kandidat im Wahlkreis Freiburg, bewirbt sich auf einen Platz unter den ersten vier.

Liebe Genossinnen und Genossen, Hiermit bewirbe ich mich für einen vorderen Listenplatz der LINKEN Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 2013. Am 20.11.2012 wurde ich im Wahlkreis 281 Freiburg einstimmig zum Bundestagskandidaten aufgestellt.

Vier Jahre schwarz-gelbe Bundesregierung unter Angela Merkel bedeuten forcierten Sozialabbau und Militarisierung. Diese Bundesregierung macht nicht Politik für Menschen sondern de facto für Banken und Konzerne. Die „Krisen“politik geht einher mit Abbau demokratischer Rechte und Aufrüstungspolitik.

Die Landesregierung aus Grünen und SPD hat viele Hoffnungen enttäuscht und Wahlversprechen gebrochen (Stuttgart 21, Abbau von Lehrer/innenstellen, Zivilklausel, Kooperationsvereinbarung Bundeswehr / Schulen). Auch das steht bei der Bundestagswahl zur Diskussion.

Meine Schwerpunkte sind Außen-, Friedens- und Europapolitik. Da kämpfe ich um klare Positionen der LINKEN und kann Erfahrungen einbringen aus fünf Jahren Arbeit im Europäischen

Parlament und der Mitarbeit in örtlichen und internationalen Strukturen der Friedensbewegung wie „No to Nato“. In Baden-Württemberg gibt es wichtige Rüstungsstandorte. DIE LINKE steht für ein Verbot von Rüstungsexport, aber auch die Rüstungsproduktion und die Macht der Konzerne sollten wir thematisieren.

Mein politischer Ansatz ist immer in verschiedenen sozialen Bewegungen, wie der Friedensbewegung, mitzuarbeiten.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament habe ich bei der Informationsstelle Militarisierung, als politischer Berater von LINKEN Bundestagsabgeordneten und im Parteivorstand der LINKEN gearbeitet. Das war auch viel Zuarbeit und Teamarbeit. Bei der Programmerstellung und Parteivorstandsbeschlüssen im internationalen und friedenspolitischen Bereich war ich aktiv beteiligt.

Als Bundestagsabgeordneter der LINKEN muss man für die Basis da sein, dies will ich für Freiburg, die Region Südbaden und Baden-Württemberg sein. Die Einbindung in die Arbeit des Landesverbandes der LINKEN (Landesvorstand, Kreisverbände, Linksjugend Solid, SDS) ist mir dabei sehr wichtig, dazu gehört auch die Aufrechterhaltung der bisherigen Büroinfrastruktur.

Tobias Pflüger, geb. 1965 in Stuttgart, Sohn eines Pfarrers und einer Katechetin, Politikwissenschaftler, parlamentarischer Berater, wohnhaft in Tübingen / Berlin, seit 1996 Vorstandsmitglied Informationsstelle Militarisierung, 2004 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlamentes, seit 2010 und wiedergewählt 2012 Parteivorstandsmitglied der LINKEN.



wiesengymnasium in Sindelfingen. Mit 15 Jahren Eintritt in die VVN-Bund der Antifaschisten, 1975–1990 in den Funktionen als Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstands aktiv.

1980 Mitbegründer der Friedensbewegung im Kreis Böblingen.

Seit Dezember 1990 Mitglied der PDS. 1991–1998 Landesschatzmeister der PDS in BaWü. Gründungsmitglied & 1998–2005 Schatzmeister der Rosa-Luxemburg-Stiftung in BaWü.

Seit 2002 Kreisvorsitzender der PDS Böblingen, seit Juli 2007 der Linken. Im Juni 2009 Wahl in den Sindelfinger Gemeinderat, im September 2009 in den Bundestag.

Freizeit

In meiner knappen Freizeit tanze ich Salsa und Tango Argentino. Das hilft mir im doppelten Sinn die Bodenhaftung zu behalten.

Politische Schwerpunkte

Im Bundestag bin ich im Finanzausschuss tätig. Dort beschäftige ich mich zum einen mit den Einnahmen des Staates, also mit der Steuergesetzgebung, zum anderen mit der Regulierung des Finanzmarktes. Mich beschäftigt wie in der Situation des Verbots der Neuverschuldung („Schuldenbremse“) und des Fiskalpakts, dem Druck auf massive Ausgabenkürzungen entgegen gewirkt werden kann. Dafür brauchen wir eine andere Steuerpolitik, die für mehr Einnahmen sorgt: höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Vermögensabgabe, deutliche höhere Erbschaftssteuer, eine Gemeindefiskussteuer, Finanztransaktionssteuer etc. Wir brauchen dafür auch Menschen, die sich in dieser Materie auskennen. Also auch mich. Denn ich bin der einzige MdB aus dem Westen und der einzige Jurist überhaupt, der sich mit Steuerpo-



Richard Pitterle

MdB, Kandidat im Wahlkreis Böblingen, bewirbt sich für Platz 4 der Landesliste

Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit bewirbe ich mich für den Platz 4 der Landesliste, um meine Tätigkeit im Bundestag als Finanz- und Steuerpolitiker fortsetzen zu können.

Persönliche Angaben

Als Arbeiterkind am 2. März 1959 in Most (CSSR) geboren, verheiratet, zwei Kinder. 1970 nach Deutschland umgesiedelt; wohnhaft in Sindelfingen.

Ausbildung, Beruf

1980 Abitur am Pfarrwiesen-Gymnasium in Sindelfingen, 1980–1990 Jura-Studium/Referendariat. Seit 1990 Rechtsanwalt in Stuttgart in der Kanzlei Wohlfarth & Kollegen.

Politische Aktivitäten und Engagement

1978–1980 Schülersprecher am Pfarr-

litik als Fachressort beschäftigt. Gleichzeitig zu meiner Bundestagsarbeit habe ich gewissenhaft auch mein kommunales Mandat wahrgenommen. Dies war auch wichtig, weil sich in den Kommunen vielfach die sozialen, kulturellen und finanziellen Probleme bündeln.

Marco Radojevic

Kandidat im Wahlkreis Konstanz

Wohnort / Wahlkreis: Konstanz. Geboren 20.9.1990. Tätigkeit: Student (Politik- und Verwaltung)

Liebe Genossinnen und Genossen, Ich will einen offensiven Generationenwechsel in unserer Partei anstoßen und bewerbe mich deshalb auf Listenplatz 4.

Wir müssen endlich die tiefen Gräben in unserer Partei schließen, damit wir gemeinsam für das Wohl der Menschen und einen demokratischen Sozialismus kämpfen können.

Als junger Linker möchte ich dafür strei-



ten, verkrustete Strukturen in der Gesellschaft, aber auch in unserer Partei aufzubrechen: Hiervon profitieren nur Eliten, wir dagegen sind eine Partei der Basis.

Wir müssen unsere Partei für die Bürger öffnen. Dazu gehört aber nicht nur ein Bürgerdialog, sondern auch ein deutliches Signal für einen Neuanfang nach außen.

Wir sind nicht nur eine „Dagegen-Partei“, wie uns die bürgerlichen Medien gerne darstellen. Wir sind die Partei, die für einen demokratischen Sozialismus streitet. Wir haben eine Vision eines modernen, solidarischen und gerechten Gemeinwesens, in dem kein Kind, Erwachsener oder Rentner auf der Strecke zurückgelassen wird.

Ich bin der Ansicht, dass viele Men-

schen unsere programmatischen Ziele teilen, aber uns gelingt es nicht, diese in einer sympathischen, einfachen und gut verständlichen Sprache zu erklären.

Wir müssen eine deutliche linke Kannte zeigen, dabei dürfen wir aber nicht zu oberlehrerhaft wirken. Unser Motto im Kampf für eine gerechte Welt muss sein „Fragend schreiten wir voran“.

Ich trete deshalb nicht nur als Bundestagskandidat für unsere Partei an, der unsere Inhalte mit ganzem Herzen vertritt, sondern auch als Vermittler und Kommunikator zwischen den Bürgern und unserer Partei.

Hierzu schrieb ein Bürger aus Konstanz:

„Mit ihm hat DIE LINKE einen Kandidaten gefunden, der in mehrerer Hinsicht punkten kann: Nicht nur, dass er einen Generationenwechsel begründet, ohne dabei den Anschluss an die Themen des Alters zu verlieren; seine rhetorischen Kenntnisse und verständliche Ausdrucksweise ermöglichen, dass er mit seinen Botschaften beim Bürger ankommt.“

Meine thematischen Schwerpunkte liegen in der Sozialpolitik, der Bildungspolitik und dem Bereich Demokratie & Bürgerrechte.

Bei weiteren Fragen zu meinen Inhalten oder meiner Person, besucht einfach meine Website: <http://linke-bw.de/wk287/>. Ich freue mich über alle Fragen!

Lasst uns einen starken Wahlkampf auf die Beine stellen und mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen!

Solidarische Grüße

Marco Radojevic

Peter Schimke

Kandidat im Wahlkreis Ludwigsburg

Alter 58, seit 1979 verheiratet, vier Kinder (zwei Jungs 22 und 32 Jahre, zwei Töchter 26 und 31 Jahre), Wohnort seit 1984 in Vaihingen an der Enz

Beruf: Nachrichtentechniker, seit 1976 beschäftigt bei Bosch, seit 1998 hauptamtlicher Betriebsrat

Engagement: Gewerkschaftsmitglied seit 1976 in der IG Metall, dort in verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen, ehrenamtlicher Arbeitsrichter, Mitglied im DFG-VK, VVN, Attac, örtliche Initiativen in Vaihingen (Friedensinitiative, Bündnis gegen Rechtsextremismus, Verein KZ-Gedenkstätte, Initiative gegen S 21, DiVaN)

Politisch aktiv seit 1970

Partei: Mitglied ab April 2005 WASG, Gründungsmitglied des Ortsverbandes Vaihingen, z.Z. Sprecher, seit 2007 Mitglied im Kreisvorstand LB, Delegierter für die Landes- u. Bundesdelegiertenversammlung, Mitglied in der

LAG B&G und Bildung

Bei der Kommunalwahl 2009 als Mitglied in den Kreistag Ludwigsburg gewählt

Bei der Landtagswahl 2011 Kandidat für den Wahlkreis Vaihingen/Enz

Politische Themen

DIE LINKE im Bundestag stärken

Frieden: Verhinderung von neuen Bundeswehreinräufen und Beendigung der Alten

Finanzen: Banken und Profiteure der Finanzkrise zur Krisenbewältigung heranziehen

Soziales: Steuersystem solidarisch gestalten (Armut bekämpfen Reichtum begrenzen, Millionärs- und Finanztransaktionssteuer einführen, Spitzensteuersatz erhöhen)

Soziale Gerechtigkeit schaffen (Länderfinanzausgleich beibehalten, finanzielle Stärkung der Bundesländer, Landkreise Kommunen für soziale Projekte, Bildung, Bundeszuschüsse für – sozialen Wohnungsbau, – Integrationspro-



gramme für Menschen mit Einschränkungen und Migranten, Abschaffung von Hartz IV (bis dahin Erhöhung der Regelsätze), Verzicht auf Prestigeobjekte wie z.B. S 21)

Für ein solidarisches Gesundheits- und Rentensystem, menschenwürdiges Leben im Alter, Rentenzugang in die ungekürzte Rente nach vierzig Versicherungsjahren, Sonderregelungen für Ausbildungs-, Erziehungszeiten und Menschen mit Einschränkungen

Mindestlohn einführen, gekoppelt an die Steigerung der Lebenshaltungskosten

Umweltschutz: Ausstieg aus der Atomkraft, Förderprogramme für energiesparende Baumaßnahmen, Förderung umweltverträglicher Verkehrsmittel, Gesetz zur Baulückenschließung vor Ausweisung neuer Baugebiete, Förde-

rung der ökologischen Landwirtschaft und der regenerativen Energieerzeugung

Demokratie: Bürgerbeteiligung durch Bürgerbefragung und -beteiligung, Teilhabe „aller hier Lebenden“ an Politik und Gesellschaft

Michael Schlecht

MdB, Kandidat im Wahlkreis Mannheim, bewirbt sich für Platz 1 der Landesliste.

Von 1980 bis 2001 war ich in der IG Druck und Papier bzw. IG Medien in Stuttgart zuständig für Tarif- und Betriebspolitik. Ich habe schmerzlich miterlebt, wie seit Anfang der 1990er Jahre der Druck auf die Beschäftigten deutlich anstieg und Arbeitslosigkeit zunahm. Die Gewerkschaften gerieten zunehmend in die Defensive.

Mit der Agenda 2010, vor allem mit dem Sanktionsregime Hartz IV wurden Millionen Erwerbslose in menschenunwürdige Verhältnisse gestoßen. Betroffenen sind vor allem Frauen, insbesondere bei den Minijobs. Die Einschüchterung und Disziplinierung der noch Beschäftigten wurde massiv verschärft. Das Resultat: Die Reallöhne sanken seit 2000 um rund fünf Prozent!

Wir brauchen eine stärkere Politisierung und Gegenwehr der Gewerkschaften. Dafür habe ich von 2001 bis 2009



als Leiter des Bereiches Wirtschaftspolitik von Verdi gearbeitet. Spätestens mit der Agenda 2010 war klar: Wir brauchen auch eine neue starke linke Partei, vor allem um die Agenda 2010 zu bekämpfen. Deshalb habe ich seit Anfang 2004 den Aufbau der WASG unterstützt, später dann DIE LINKE.

Seit 2009 bin ich als Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE tätig. In meinen parlamentarischen Aktivitäten habe ich Anträge zu aktuellen Themen

– zum Beispiel zu Stuttgart 21, und zu verschiedenen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen – eingebracht und dazu und anderen Anlässen Reden im Bundestag gehalten.

Um die mediale Diskriminierung ein Stück weit zu durchbrechen, habe ich ein besonderes Schwergewicht auf meine Veröffentlichungen gelegt, die an einen rund 15 000 Mail-Adressen umfassenden Verteiler gehen. Seit 2009 sind über diesen Weg mehr als 80 kompakte Kommentare und 15 Arbeitspapiere verschickt worden.

Thematisch habe ich darin ein weites Feld abgedeckt. Steuerpolitik, Eurokrise, Konjunkturentwicklung, Arbeitsmarktsituation, Rentenpolitik und vieles andere mehr. Darüber hinaus habe ich jede sich bietende Möglichkeit für Gastbeiträge in Zeitungen und Fernsehauftritt genutzt.

Besonders wichtig war und ist mir die Arbeit vor Ort, insbesondere in Baden-Württemberg. So bin ich auf vielen Veranstaltungen zu jeweils interessierenden Themen aufgetreten. Gerade von Gewerkschaften werde ich aufgrund meiner alten Beziehungen immer wieder eingeladen. Ein besonderes Schwergewicht war die Eurokrise, das deutsche Lohndumping und die Alternativen der Linken.

Weiter Informationen finden sich unter www.michael-schlecht-mdb.de

Die Linke Regionalkonferenz Südwürttemberg-Hohenzollern

Am 1.12.12 fand in Ulm im Café im Kornhauskeller die Regionalkonferenz Südwürttemberg-Hohenzollern statt. Es waren rund 45 Genossinnen und Genossen aus den Kreisverbänden Ulm / Alb-Donau, Biberach, Ravensburg, Bodensee, Sigmaringen, Zollernalb, Reutlingen und Tübingen anwesend. Ebenfalls vier unserer sechs Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg: Heike Hänsel, Karin Binder, Michael Schlecht und Richard Pitterle.

In seiner Einleitung führte Landesgeschäftsführer Bernhard Strasdeit aus, dass unsere Themen derzeit in den Mittelpunkt rückten. Gleichzeitig betonte er: „Wer gute Löhne, eine gute Rente sowie eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung durchsetzen will, muss die Kanzlerkandidaten Merkel und Steinbrück rechts liegen lassen und kommt an der Linken nicht vorbei. Die Linke steht für soziale Gerechtigkeit, für eine Außenpolitik ohne Kriege und für eine Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft.“

Danach hatten die Bundestagsabgeordneten und WahlkreiskandidatInnen die Möglichkeit, Ihre politischen Schwerpunktthemen vorzustellen.

Heike Hänsel legte dar, dass die De-

mokratie gefährdet ist durch die derzeitige Politik, insbesondere die europaweite Politik des massiven Sozialabbaus und die weitere Militarisierung der Außenpolitik. Hier ist Die Linke nötiger denn je.

Karin Binder, die auch für die Koordination der Landesgruppe zuständig ist, betonte in Ihrem Themenbereich Ernährung die Wichtigkeit der Sicherheit von Produkten für alle Menschen.

Michael Schlecht bezog sich in seiner Rede auf die Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich deren Mobilisierungs-, Durchsetzungs- und Kampffähigkeit immer weiter verschlechtert aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Auch hier ist eine starke Linke wichtig, weil sich nur auf diese Weise entsprechende Positionen in anderen Parteien überhaupt Raum verschaffen können.

Richard Pitterle benannte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Linken.

Tobias Pflüger, der bislang noch nicht MdB ist, aber in Freiburg einstimmig als Direktkandidat aufgestellt wurde, stellte dar, dass Die Linke insbesondere im Bereich der Friedenspolitik benötigt wird. Thematisierung ist auf allen fünf poli-

tischen Ebenen nötig: auf der internationalen, der europäischen, der Bundes-, der Landes-, sowie der kommunalen Ebene. Der Wahlkampf soll auch ein politisches Motivieren der Menschen beinhalten, dass sie sich wehren gegen die herrschenden Verhältnisse.

Eva-Maria Glathe-Braun, die Wahlkreiskandidatin aus Ulm, nannte als ihre zentralen Themen prekäre Beschäftigung und Hartz IV, Bürgerrechte, Daseinsvorsorge, insbesondere der Bereich Wohnen, sowie Kulturpolitik.

Die anschließende Aussprache war eine Ideensammlung für den anstehenden Bundestagswahlkampf: Motivation, gegenseitige Hilfe der Kreisverbände und das Zugehen auf die Leute stellen hierbei wichtige Voraussetzungen dar.

Daneben ist es unerlässlich, den öffentlichen Fokus auf die Glaubwürdigkeit unserer Partei zu richten sowie unsere Erfolge zu benennen. Ebenso ist die Zusammenarbeit mit Bewegungen weiterhin ein großes Thema für Die Linke.

Für Februar wird auf Anregung von Heike Hänsel ein Kreativtreffen auf Landesebene vorbereitet. Auch kann jede Genossin und jeder Genosse direkt am Wahlprogramm mitarbeiten.

Tanja Moll, 4.12.12

Regionalkonferenz für Nordwürttemberg in Heilbronn

Im Vorfeld der Vertreterinnenversammlung zur Wahl der Landesliste wurden in Baden-Württemberg vier Regionalkonferenzen abgehalten. Im Heilbronner Gewerkschaftshaus trafen sich die Mitglieder und Kandidaten aus Nordwürttemberg, von Göppingen bis Main-Tauber.

Als Gastredner referierte Jean-Pierre Brard über die Bedeutung einer starken Linken in Deutschland für die anderen EU-Staaten. Brard ist ehemaliger Abgeordneter der KPF und in dem Linksbündnis Front de Gauche für die Zusammenarbeit mit dem Bundestag zuständig. Er versprach, dass die Bemühungen der Bundesregierung, die Maßnahmen der Agenda 2010 in ganz Europa einzuführen auf heftige Gegenwehr treffen werden. Aber die linken

Kräfte in Europa müssten sich weiter vernetzen, um dem sozialen Kahlschlag geschlossen entgegen treten zu können. Deshalb will Front de Gauche in dem anstehenden Bundestagswahlkampf DIE LINKE entsprechend unterstützen. Unter Applaus bekräftigte Heidi Scharf vom Landesvorstand, dass auch wir in Deutschland gegen die Politik der Spardiktate kämpfen. Sie stellt die wichtigsten Positionen für den Bundestagswahlkampf 2013 vor und rief zur Teilnahme an der Ausgestaltung des Bundeswahlprogramms auf.

Nach den Bundestagskandidaten aus den Wahlkreisen Nordwürttembergs stellten sich auch die Kandidaten für

die Landesliste vor. Themenschwerpunkte der Vorstellungen und der anschließenden Diskussion waren Agenda 2010, Flüchtlings- und Friedenspolitik und die dramatische wirtschaftliche Lage in Europa.



Wahlversprechen schon gebrochen

„Wir lassen uns nicht die Rendite der Reformpolitik der Regierung Schröder stehen [...] Wir sind es gewesen, die damals dieses Land vorangebracht haben!“ Lobeshymnen auf die Agenda 2010 sind für Peer Steinbrück die Grundlage seiner Politik.

„Rendite“ – Was für eine Begriffswahl! Ja, in der Tat ist die Rendite der Unternehmer explodiert. Die Profite sind seit 2000 um 30 Prozent hochgeschwollen, die Reallöhne jedoch um fünf Prozent gesunken.

Steinbrück beklagt, dass die Menschen „verunsichert und orientierungslos sind [...] durch eine Finanz- und Bankenkrise, die ihren Glauben [...] in eine Soziale Marktwirtschaft erschüttert haben.“ Aber es waren doch die SPD-Finanzminister Eichel und Steinbrück, die den Finanzzockern und Heuschrecken den roten Teppich ausgerollt haben.

Steinbrück beklagt, dass „Arbeit immer weiter entwertet wird. [...] Die Menschen müssen immer gebildeter sein, immer mobiler, immer flexibler [...] und kriegen auch immer weniger Lohn.“ Aber es waren doch SPD und Grüne, die den Arbeitsmarkt dereguliert haben, die Leiharbeit, Befristungen, frauendiskri-

minierende Minijobs und vor allem die Knechtung der Menschen durch Hartz IV eingeführt haben.

Arbeit wurde entwertet, weil Rot-Grün den Widerstandswillen von Millionen Beschäftigten mit der disziplinarischen Peitsche des Sanktionsregimes von Hartz IV geschwächt hat. Steinbrück will dies nicht korrigieren. So werden alle Bekenntnisse zu höheren Löhnen fragwürdig und zynisch.

Steinbrück legt nahe, dass er jährlich 25 Milliarden mehr für Bildung ausgeben will, weil es sich hierbei um den „Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft dieses Landes“ handelt. Gute Idee! Er sollte dies seinen Parteifreunden von der baden-württembergischen Landesregierung sagen, die gerade in Tateinheit mit den Grünen 6000 Lehrerstellen streichen und ihre Wahlversprechen brechen.

Steinbrück will den Kommunen mehr Geld geben und die Infrastruktur, zum Beispiel Hunderte von maroden Brücken, sanieren. Gute Idee! Die Kommunen rechnen vor, dass ein Investitionsstau von 700 Milliarden besteht. Übrigens: Auch zu Zeiten von Rot-Grün bestand er schon; gleichwohl wurde damals gekürzt ohne Ende.

Steinbrück will mehr Steuern einnehmen, damit die Forderungen der Schuldenbremse im Fiskalpakt erfüllt werden können. Gute Idee! Denn wenn in den nächsten 20 Jahren nicht mindestens 600 Milliarden Steuern zusätzlich eingenommen werden,

drohen Haushaltskürzungen in gleicher Höhe!

Steinbrück benennt wichtige Bereiche für die der Staat dramatisch mehr Geld in die Hand nehmen muss. 50, eher 100 Milliarden pro Jahr wären erforderlich.

Doch Steinbrück will den Spitzensteuersatz nur auf 49 Prozent erhöhen – dies bringt rund fünf Milliarden. Erbschafts- und Vermögensteuer sollen erhöht bzw. wieder eingeführt werden. Allerdings wohl so zaghaft, dass das Plus bescheiden ist. Rechnet man großzügig, dürften mit der stärkeren steuerlichen Belastung von Reichen und Vermögenden 10 bis 20 Milliarden erzielbar sein. Und es besteht die Gefahr, dass nach der Wahl alles vergessen ist, so wie die Wiedereinführung der Vermögensteuer 1998 ja schon einmal versprochen wurde.

Es bleibt eine riesige Kluft zwischen Forderungen und Finanzierung. Sollte es zu Rot-Grün kommen, ist vorprogrammiert, dass Steinbrück seine Wahlversprechen brechen wird. Es fehlt das Geld, weil er die Reichen nicht wirklich zur Kasse bitten will. Zum Beispiel mit einer Millionärsteuer, wie DIE LINKE sie will. Eine Vermögensbesteuerung von fünf Prozent ab einer Million Vermögen, die jährlich alleine 80 Milliarden Euro einbringen würde.

Eine der wenigen verbliebenen Sozialdemokratinnen in der SPD-Bundestagsfraktion – Hilde Mattheis aus Ulm – kommentiert Steinbrücks Rede: „Wir werden ihn an manches erinnern, was er heute gesagt hat.“ Sie ist sich wohl selbst unsicher, ob Steinbrück nach der Wahl nicht vieles wieder vergisst.

Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE und Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand – 10. Dezember 2012



Tagung Eurokrise am 1. November

Thodoros Paraskevopoulos, Wirtschaftswissenschaftler und Berater der Parlamentsfraktion von Syriza sprach am 1. November auf der Tagung zur Eurokrise. Für die Tragödie – er wies auf die Folgen für Kinder, Gesundheit und Bildung sowie auf die extreme Armut hin – sei unter anderem die Aufbauweise von EU und Eurozone, der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern, Regionen, Städten und Gemeinden um Investitionen verantwortlich. Syriza wolle aber keinen Rückfall in Kleinstaaterei, habe sich im Gegenteil für die Aufnahme Kroatiens in die EU ausgesprochen. Forderungen nach dem Ausstieg Griechenlands hätten sich erledigt. Es müsse vielmehr der Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern und Regionen angestrebt werden. Reiche zahlen für ärmere Länder!

Hier in Stichpunkten die Ausführungen von Thodoros Paraskevopoulos:

Rettungsplan der EU

Um die Ziele des sogenannten Rettungsplans der EU zu erreichen, müsste der Staat seine Schulden bis 2020 von rund 155 auf 120 Prozent des Bruttosozialprodukts senken. Das heißt: Der griechische Staat müsste nun jedes Jahr weit mehr einnehmen, als er ausgibt – und das mitten in der schwersten Wirtschaftskrise.



Privatisierung keine Lösung

Es wird oft gesagt, dass durch den Verkauf öffentlichen Eigentums erstens Geld für den Abbau der Schulden zusammenkäme und zweitens durch die neuen BesitzerInnen ein Investitionsschub ausgelöst würde. Nur: In der Rezession kann nicht verkauft, sondern nur verscherbelt werden. Griechenland hat zudem eine der kleinsten Quoten öffentlichen Eigentums in der Eurozone; es gibt also gar nicht viel zu verkaufen. Darüber hinaus sind die bisherigen Erfahrungen mit KäuferInnen nicht die besten: Die Deutsche Telekom etwa, die

die griechische Telefongesellschaft OTE günstig erworben hatte, investierte danach keinen Cent zusätzlich.

Steuerpolitik

Erstens muss Geld in die Staatskasse fließen. Dazu braucht es eine gut funktionierende Steuerverwaltung und ein einträgliches und gerechtes Steuersystem – ganz klassisch. Das Programm der Linksalianz (Syriza) enthält sehr genaue Vorstellungen dazu: So sind Kontrollmechanismen einzurichten und die Steuerlast auf die Besitzenden umzuverteilen. Die Steuern für niedrige Einkommen müssen sinken, denn jeden zusätzlichen Euro, den ärmere Leute in der Tasche haben, werden sie auch ausgeben.

Es braucht darüber hinaus auch Maßnahmen zur Motivierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. So sind etwa die Heerscharen von RegierungsberaterInnen (meist politische Freunde der jeweiligen MinisterInnen und StaatssekretärInnen) abzuschaffen, die in den letzten Jahren den Staatsapparat lahmgelegt haben.

Außerdem müssen die Steuern in Griechenland sofort mit einer Vermögenssteuer ergänzt werden. Dazu braucht es ein Vermögensregister, in dem alle Vermögen erfasst werden. Denn auf der anderen Seite der jetzigen Staatsschuld stehen die großen Vermögen. Sie sind oft durch Steuerflucht, -vermeidung und -erleichterungen zustande gekommen. Eigentlich sind die griechischen Staatsschulden nichts anderes als die Steuern, die die Reichen nicht bezahlt haben.

Schuldenmoratorium

Derzeit erhält Griechenland von seinen europäischen Partnern und dem Internationalen Währungsfonds ausschließlich Kredite, um Schulden zu bedienen ... Griechenland braucht ein Schuldenmoratorium, damit das Land Atem schöpfen kann, um sein Haus in Ordnung zu bringen, seine Wirtschaft wieder anzukurbeln und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu kommen. Danach kann über die Bedienung der Staatsschuld diskutiert und verhandelt werden. Denkbar wären Klauseln, nach denen nur dann Schulden zurückgezahlt werden müssen, wenn die Wirtschaft Griechenlands wächst und die Arbeitslosigkeit sinkt. Ähnliche Klauseln hatte man auch 1953 an der Londoner Konferenz über die Rückzahlung der Außenschulden Deutschlands beschlossen.

Zusammengestellt: Matthias Paykowski. Quellen: Die Wochenzeitung WOZ Nr. 24/2012 vom 14.6.2012. Notizen der Rede von Thodoros Paraskevopoulos. – weitere Bilder von der Veranstaltung siehe Umschlagseite hinten.

Aktionstag für ein solidarisches Europa

DIE LINKE Baden-Württemberg beteiligte sich am Europäischen Aktionstag am 14. November u.a. in Stuttgart. Dazu die Bundestagsabgeordnete Heike Hänssel: „Europaweit gehen die Menschen heute auf die Straße. In Portugal, Spanien und Griechenland protestieren sie mit Generalstreiks dagegen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa für die Folgen der Finanzkrise zahlen sollen. DIE LINKE fordert eine europaweite Vermögensabgabe und die Einführung einer Millionärsteuer. Banken und Finanzmärkte müssen entmachtet und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.“

In Stuttgart gab es eine Bündniskundgebung auf dem Schlossplatz mit Liveschaltung zu den Streikenden nach Madrid und Athen. Es sprachen unter anderem Linke-Vorsitzender Bernd Riexinger, Theaterregisseur Volker Lösch, der Stuttgarter DGB-Vorsitzende Philipp Vollrath und Verdi-Landesvize Günther Busch.

Internationale Solidaritätskampagne mit Griechenland „Solidarität für alle“

Aufruf von Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Genossinnen und Genossen, DIE LINKE steht in der Tradition der Europäischen ArbeiterInnenbewegung. Oft sagen wir diesen Satz. Konkret ist das, was er heute von uns verlangt. Immer mehr Länder im Süden Europas werden durch brutale Kürzungsdiktate in eine soziale Katastrophe getrieben. Hunger und Hoffnungslosigkeit kehren nach Europa zurück. Chauvinismus und Gewalt werden nicht lange auf sich warten lassen, wenn wir es nicht schaffen, praktische und solidarische Alternativen zum Abbau von Demokratie und Sozialstaat zu entwickeln. Am meisten hat die neoliberale Schocktherapie bisher in Griechenland gewütet. Das, was bisher als „Griechenlandhilfe“ vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, verdient diesen Namen nicht. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Europas werden geschröpft. Den Griechinnen und Griechen wird buchstäblich das letzte Hemd geraubt. Und wo ist das ganze Geld gelandet? In den Taschen von privaten Banken und Hedgefonds. Griechenland steht längst nicht mehr nur am Rand einer humanitären Katastrophe.

Hungernde Kinder, obdachlose Rentnerinnen und Rentner, Kranke, die notwendige Medikamente nicht bekommen – das sind die Ergebnisse einer in Eu-

ropa beispiellosen Serie von gesetzlich verordneten Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen.

Wir haben uns entschlossen, in Kooperation mit unseren griechischen Freundinnen und Freunden von SYRIZA noch vor Weihnachten einen Spendenaufruf zu starten. Wir sammeln Spenden für konkrete soziale Hilfe und Projekte der Selbstorganisation in Griechenland. Der Name von SYRIZA garantiert für die Seriosität der Hilfsprojekte und die ordentliche Verwendung der gesammelten Gelder. Wir bitten um Eure Spende für Kinderkrankenhäuser und Volksküchen, nicht, um es an Banken und Hedgefonds zu überweisen. Wir rufen Euch auf: Spendet für Griechenland! Redet mit Euren Verwandten, Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn, werbt auf Eurer Arbeitsstelle oder im Sportverein für Spenden. Jede Spenderin und jeder Spender ist ein Mensch mehr, den wir davon überzeugt haben, dass ein neues Europa nur durch Solidarität von unten wächst.

Die Spenden sammelt der gemeinnützige Verein Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. Die Kontoverbindung und den Spendenaufruf von SYRIZA findet Ihr anbei.

Wir bedanken uns herzlich für eure Unterstützung!

Spendenkonto: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Verwendungszweck: Griechenland, Bank: Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Kontonummer: 200 081 390

Wir stellen Ihnen gern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt aus, wenn Sie uns Ihre Adresse mitteilen: per Mail an frieden-und-zukunft@t-online.de oder telefonisch unter 069 - 24 24 99 50. Die Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. ist ein gemeinnütziger Verein.

Kontakt: Die Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V, c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt a.M. Tel. 069-242 49950, Fax: 069-242 49951, Email: frieden-und-zukunft@t-online.de

Bericht vom landesweiten SDS-Kongress: „Hoch die internationale Solidarität!“

Ein kleiner Rückblick auf „Krise. Ökonomie. Kritik – Wege aus dem Kapitalismus“, der landesweite Kongress von Die Linke.SDS Baden-Württemberg am 2. und 3. November in Freiburg.

Inhaltlich wollten wir uns hauptsächlich auf ökonomische Aspekte der Krise fokussieren, trotzdem haben wir es geschafft, eine breite Variation an Themen anzubieten. Begonnen hatten wir am Freitagabend mit unserem Auftaktpodium „Wir sind alle Griechen! – Solidarität statt Spardiktat!“, auf welchem Thodoros Paraskevopoulos (politische

Friedenspolitischer Ratschlag

Am 9. und 10. März findet der 4. Friedenspolitische Ratschlag der LAG Frieden der Linken Baden Württemberg zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik in Stuttgart statt (Kultur- und Bürgerhaus Stuttgart-Feuerbach, Stuttgarter Straße 15). Thematisch geht es um unser Bundestagswahlprogramm aus friedenspolitischer Sicht und ein neuer Sprecherkreis der BAG FIP wird gewählt. Nähere Infos und ausführliches Programm folgen. Beginn: 9. März, 11 Uhr. *Viele Grüße, Thomas Haschke*

Leitung SYRIZA), Michael Schlecht und Dirk Spöri (Landesvorstand DIE LINKE BaWü) über die Lage in Griechenland, den Zusammenhang zwischen der Krise in Griechenland und deutscher Wirtschaftspolitik und mögliche Handlungsperspektiven diskutierten. Mit ca. 60 Personen war die Veranstaltung – vor allem für einen Freitagabend – gut besucht.

Der Samstag war ab elf Uhr in der Früh bestimmt von insgesamt acht Workshops. Von Basics wie Krisentheorie, über Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaften bis hin zu konkreten Handlungsperspektiven für den internationalen Widerstand wurde diskutiert, analysiert und geplant.

Abgerundet wurde der Kongress durch das Abendpodium am Samstag mit Heinz Bierbaum (Partei Vorstand DIE LINKE), Klaus-Peter Kisker (marxistischer VWL-Prof., FU Berlin), Krinio Pappa (Studi-Aktivistin aus Athen) und Paula Rauch (Bundesgeschäftsführerin Die Linke.SDS) zum Thema „Das Ende der Geschichte? – Wege aus dem Kapitalismus“.

Viele neue Gesichter von Erstsemestern bis Laufpublikum waren ein Erfolg, auch wenn es am Samstag mehr als die ungefähr fünfzig Gäste hätten sein können. Das Ziel, spannende inhaltliche Diskussionen zu bieten, neue Leute für die Mitarbeit im SDS zu gewinnen und für den bundesweiten SDS-Kongress „Kapitalismus vs. Demokratie“ zu mobilisieren, wurde erreicht.

Sehr positiv aufgenommen wurde der internationale Charakter: mit den vier Gästen aus Griechenland, Frankreich und Chile konnten wir sehr spannende Einblicke in die jeweiligen Kämpfe vor Ort gewinnen und sehr praktisch darüber sprechen, was wir in Deutschland tun können, um diese zu unterstützen.

Dadurch rückte natürlich auch der 14. November – der Tag des südeuropäischen Generalstreiks – in den Blickpunkt (...). Längerfristig sollten wir auch als SDS bundesweit, die Demonstration in Brüssel, den Alternativgipfel nächstes Frühjahr in Athen und die Blockupy-Proteste 2013 im Auge behalten.

Von Daniel Anton, Mitglied im LandessprecherInnenrat von Die Linke.SDS Baden-Württemberg

Keine deutschen Soldaten und Raketen in die Türkei!

Ein weiterer Auslandseinsatz der Bundeswehr steht vor der Tür: Patriot-Raketen und 400 Bundeswehrsoldaten sollen in der Türkei stationiert werden. Wie schon in Afghanistan beginnt auch dieser Auslandseinsatz wieder mit einer Lüge. Uns wird gesagt, die NATO muss jetzt die Türkei vor Angriffen aus Syrien zu schützen. Aber auch Angela Merkel weiß: Die Türkei wird von Syrien gar nicht bedroht.

Syrien hat die Türkei nicht angegriffen und auch nicht mit einem Angriff gedroht.

Es ist eher andersherum: Die Türkei hat ganz eigene Interessen in der Region. Sie hat sich von Beginn an in den syrischen Bürgerkrieg eingemischt und unterstützt die bewaffneten Re-

bellen. Sie hat sich sogar vom Parlament einen Einmarsch in Syrien genehmigen lassen.

Deutschland darf sich nicht an einem Krieg im Pulverfass Nahost beteiligen. Ein winziger Funke genügt – ob in Syrien, Gaza oder Iran -, um einen Flächenbrand im gesamten Nahen Osten auszulösen. Die deutschen Soldaten wären dann mitten drin in einem verheerenden Krieg.

59 Prozent der Deutschen sind gegen eine solche Stationierung. Auch DIE LINKE sagt Nein zur Stationierung der Bundeswehr in der Türkei:

- Keine Raketen und keine Soldaten in die Türkei!
- Deutschland muss sich als Vermittler um eine diplomatische Konfliktlösung in Syrien bemühen!
- Alle Waffenlieferungen nach Syrien – egal ob an Assad oder die Rebellen, egal von wem – müssen gestoppt werden!

Patriot-Raketen schaffen keinen Frieden. (Bundestagsfraktion, DIE LINKE)



Grüne brechen Wahlversprechen

Für Zivilklausel und Kündigung der Vereinbarung mit der Bundeswehr

„Die Grünen brechen in Baden-Württemberg erneut Wahlversprechen“, so Tobias Pflüger, Parteivorstandsmitglied der LINKEN aus Baden-Württemberg zum Beschluss des Grünen-Landesparteitags vom ersten Dezemberwochenende, die Verankerung von Zivilklauseln ins Landeshochschulgesetz abzulehnen und stattdessen nur „Transparenzregeln“ einzuführen. „Transparente Militärforschung ist genauso tödlich“, so Pflüger, Bundestagskandidat in Wahlkreis Freiburg. Im Landtagswahlprogramm hatten die Grünen noch die Einführung von Zivilklauseln und ausschließlich friedliche Forschung an Hochschulen versprochen, vor der Landtagswahl hatten die Grünen selbst eine Zivilklausel für das Karlsruher KIT beantragt. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hält nun auch Drohnen-Forschung an Universitäten für vertretbar. Tobias Pflüger: „DIE LINKE steht weiterhin an der Seite der Friedensbewegung und fordert eine verbindliche Zivilklausel, die militärische Forschung unmöglich macht.“

„DIE LINKE begrüßt den Beschluss der Grünen, dass die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr in Baden-Württemberg gekündigt werden soll“, so Tobias Pflüger, „wir befürchten allerdings, dass der Beschluss für den Papierkorb ist, hat doch Innenminister Reinhold Gall (SPD) sofort nach dem Beschluss erklärt, dass er die Kooperation mit der Bundeswehr weiterhin richtig findet“. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erklärte, dass die Landesregierung „ohne Abstriche“ zur Bundeswehr stehe und „die Bundeswehr nicht aus Schulen ferngehalten werden sollte“.

Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) will die Kooperationsvereinbarung lediglich „weiterentwickeln“ durch Einbinden von Organi-

sationen der Friedensbewegung neben der Bundeswehr. Tobias Pflüger: „Gegen hauptamtliche Jugendoffiziere können Ehrenamtliche aus der Friedensbewegung nicht mithalten. Die Jugendoffiziere sind in Baden-Württemberg auch bei der Ausbildung von Referendaren tätig. Die einzige Lösung ist die Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. DIE LINKE unterstützt alle Eltern-, Lehrer/innen- und Schüler/innen-Initiativen gegen die Bundeswehr an Schulen.“

DGB kritisiert „Tariftreuegesetz light“

Der DGB hat es grundsätzlich begrüßt, dass die Landesregierung nach vielen anderen Bundesländern jetzt endlich auch ein Tariftreuegesetz für öffentliche Aufträge vorgelegt hat. Positiv hervorzuheben sei die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns. „Mit Steuergeldern darf kein Lohn- und Sozialdumping gefördert werden“, forderte DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf. „An dieser Zielsetzung gemessen, bleibt der Gesetzentwurf aber deutlich hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen zurück. Der Gesetzentwurf bietet lediglich ein „Tariftreuegesetz light“.“ Der DGB bedauere, dass seine Anregungen im Anhörungsverfahren größtenteils nicht berücksichtigt worden seien, sagte Landgraf. Im parlamentarischen Verfahren müsse nachgebessert werden.

Schon der Name des Gesetzes („Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge“) wecke falsche Assoziationen, denn von einem allgemeinen Mindestlohn für öffentliche Aufträge könne angesichts des beschränkten Geltungsbereichs und des hohen Schwellenwerts von 20 000 Euro, ab dem das Gesetz erst greift, keine Rede sein, kritisiert der DGB. Da 85 Prozent aller öffentlichen Bauaufträge bei einem Auftragswert von bis zu 10 000 Euro liegen, würden schätzungsweise 95 Prozent aller öffentlichen Bauaufträge nicht unter das Gesetz fallen. Zudem

bleibe das gesamte öffentliche Beschaffungswesen außen vor. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern fehlten außerdem soziale Kriterien für die Auftragsvergabe – wie Ausbildungsplätze, „equal pay“ bei Leiharbeit und Frauenförderung. Auch ökologische Vergabekriterien suche man vergeblich.

LINKE unterstützte GEW-Protest gegen grün-rote Landesregierung

Die GEW protestiert zu Recht gegen die Bildungspolitik der Grünen-SPD-Landesregierung, denn diese hat ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen.

Die geplante Vernichtung von 2.200 Lehrerstellen im Haushalt 2013/14 und 11.600 bis 2020 ist ein schwerer Fehler. Wie will die Landesregierung eine Bildungsreform durchsetzen, wenn sie gleichzeitig die zentralen Träger einer solchen Reform wegkürzt? „Bessere Bildung für alle“, wie es im Koalitionsvertrag angekündigt wurde, ist damit nicht möglich.

DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützte die landesweite Protestaktion der GEW am 13. Dezember in Stuttgart und wird sich an weiteren Mobilisierungen beteiligen. Wenn eine Grünen-SPD-Regierung mehr an der Bildung spart als eine schwarz-gelbe, braucht es Protest auf der Straße.“

- Keine Kürzungen bei der Bildung
- Mehr LehrerInnen – weniger Stundenausfall
- Klasse Kitas für unsere Kinder
- Gebührenfrei von der Kita bis zur Uni

Grün-SPD streicht radikaler als Schwarz-Gelb

Schönrederei ist das Schwächste, was man Tübinger Landtagsabgeordneten Haller-Haid (SPD) und Lede Abal (Grüne) vorwerfen kann. Wo lebt jemand, der behauptet, „keine einzige Lehrerstelle“ falle weg, obwohl die grün-rote Landes-

Keine Kürzungen bei der Bildung!

besser: mehr LehrerInnen, weniger Stundenausfall.
sozial: länger gemeinsam lernen.
gerecht: gebührenfrei von der Kita bis zur Uni.

DIE LINKE.

www.die-linke-bw.de

regierung dabei ist, 11.600 Lehrerstellen zu streichen? Dabei weiß sie, dass die „demografische Rendite“ erlogen ist und 10 000 Schüler mehr an Berufsschulen sind, als die Statistik wahrhaben will. Wo sind „mehr Schöpfmittel“ für Krankheitsvertretungen, wenn von den 1260 Deputaten am Schuljahresbeginn 1200 wegen langfristiger Erkrankungen schon verplant sind? Schulleitungen müssen erst den Ergänzungsbereich (Förderunterricht, AGs) komplett streichen, bevor sie eine Vertretungskraft erhalten – ein Angriff auf das Ganztagskonzept, für das Eltern jahrelang gestritten haben. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund brauchen gleiche Chancen: Bei uns verlassen viermal so viele von ihnen wie deutsche Schüler die Schule ohne jeden Abschluss. Bildungsreform ade! „Die Stadt hat ihre Hausaufgaben gemacht“ (Haller-Haid). Will heißen: Ein Schulsozialarbeiter für über 3 000 Lernende in der Uhlandstraße – das ist nicht mal ein Placebo für die drei Schulen! Die GEW ruft anlässlich der Haushaltsberatungen landesweit zu Protesten auf und fordert „Gute Unterrichtsversorgung, Lehrerreserve, Ganztagschulen, Inklusion, Gemeinschaftsschule – Wir brauchen jede Stelle!“ Radikaler als CDU/FDP will Grün-Rot mit dem Rotstift an den Schulen streichen, um Milliarden für Stuttgart 21, Mappus' EnBW-Deal und die LBBW-Spekulationen zu haben. Ob Eltern, Schüler und Lehrer sich das weiter gefallen lassen?

Dr. Emanuel Peter, Stadtrat in Rotenburg, Leserbrief im „Schwäbischen Tagblatt“

Gegen Streichung von Lehrerstellen

Erhard Korn von der GEW deckt in Bretten die Schwachstellen der grün-roten Schulreform auf. Vortragsveranstaltung des Ortsverbandes Bretten der LINKEN

Als größten Missstand in Zusammenhang mit der Schulreform bezeichnete Erhard Korn von der GEW die geplante Streichung von 11.600 Lehrerstellen, die von der grün-roten Landesregierung den Bürgern als Sparmaßnahme und „demografische Rendite“ verkauft werde. Der engagierte Gewerkschafter referierte am Mittwoch, den 24.10.2012 auf einer gut besuchten Veranstaltung der LINKEN zur prekären Lage von Bildungsstätten in Baden-Württemberg, zu der der Ortsverband Bretten eingeladen hatte.

Erhard Korn, Vorsitzender der GEW-Fachgruppe Haupt- und Werkrealschulen und selbst Leiter einer Grund und Werkrealschule, gab einen informativen Einblick in die Bildungsproblematik im Ländle. Zahlreiche Probleme treten hierbei zu Tage: Täglich hätten Eltern und Lehrer mit bürokratischen Hemmnissen

zu kämpfen wie beispielsweise beim Streit mit der ARGE über Essensgeld. Diesen Zustand empfinden Eltern wie Kinder sehr erniedrigend und herabwürdigend. Das Wahlversprechen des Ministerpräsidenten, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln, scheint in der Praxis noch nicht eingelöst zu sein.

Billiglohn im Bildungssektor

„Der größte Missstand in Zusammenhang mit der Schulreform ist jedoch die geplante Streichung von 11.600 Lehrerstellen“, stellt Korn klar. „Dieses verordnete Spardiktat steht allerdings in völligem Widerspruch zur derzeitigen Lage im Bildungswesen. Bei der Lehrerschaft besteht im Moment ein lange aufgebauter Überstundenstau.“ Die Lehrer seien überlastet. Dies führe oft zu Folgeerkrankungen. Allein in 2011 gab es in Baden-Württemberg 3200 Krankheitsvertretungen. Nun beabsichtige die Landesregierung flächendeckend Ganztagsunterricht einzuführen und als aberwitziges Mittel zur Kompensierung des Lehrbedarfs sollen Lehrerstellen gestrichen werden. „Ein vernünftig denkender Mensch kommt hier zu dem logischen Schluss, dass zusätzliche Lehrkräfte einzustellen sind. Falsch gedacht!“, so Korn weiter. „Unsere Landesregierung möchte, um einzusparen, alle ergänzenden Angebote wie AGs auflösen und in Krankheitsvertretungen für Pflichtunterricht umwandeln.“ Diese sollen durch so genannte „pädagogische Assistenzkräfte“ in kurzfristigen Vertretungsverträgen ausgefüllt werden. Der Billiglohnsektor solle sich demnach auch im Bildungswesen ausbreiten. Korn berichtete von einer Pädagogin, die für 700,- Euro brutto monatlich arbeitet. Studenten bekämen für Vertretungsunterricht eine „Übungsleiterpauschale“ von 7 Euro pro Stunde. „Nun hält also das betriebswirtschaftliche Dumping-Lohn Denken Einzug in die letzte Bastion des gesellschaftlichen Lebens, dem von der vermeintlichen Intelligencia beherrschten Bildungswesen“, stellte der Gewerkschafter fest. All dies geschehe zu Lasten der Lehrerschaft, der Schüler und vermindere die Qualität des Unterrichts.

Der Sparzwang greift um sich

Privatschulen seien vom Sparzwang jedoch ausgenommen. Ein Privatschüler erhält derzeit vom Staat eine Förderung von 2900 Euro, während ein gewöhnlicher Realschüler auf eine staatliche Förderung von 556 Euro hoffen dürfe. Da stelle sich natürlich die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Ein weiteres Problem stellten die ausufernden „prekären Entwicklungsmilieus“ dar. So stünden 40 % der Schulabgänger in beruflichen Warteschleifen (BVJ). 20 % der Jugendlichen hätten

eine zu niedrige Lesekompetenzstufe für eine berufliche Ausbildung.

Erhard Korn und die GEW fordern daher die Sicherstellung der Bildungsfinanzierung durch die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. Durch höhere Steuereinnahmen kann der Bund eine flächendeckende Bildungsfinanzierung besser gewährleisten. Dies könne auf Bundesebene durch die Einrichtung von Bildungsfonds geschehen, die die maroden Gemeindehaushalte entlasten können.

Außerdem sei eine flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen dringend erforderlich, forderte Korn. Diese stärkten die individuelle Förderung und seien weltweit bereits Standard.

Für die Übergangszeit solle ein Umbauplan mit Besoldungsangleichungen erstellt werden. Weiterhin sollte ein Förderkonzept für Migrationskinder kreiert werden. Korns Appell am Ende der Veranstaltung: „Die GEW ruft daher alle Eltern auf, für ein breites Bündnis gegen die geplante Streichung von 11.600 Lehrerstellen einzustehen!“

Christoph Mack, DIE LINKE. Bretten

Schlechte Noten für Studentenwerke in Baden-Württemberg

Die Linke.SDS Baden-Württemberg hat in einer Erhebung die Studentenwerke im Bundesland auf die Kernbereiche Wohnen und Verpflegung geprüft. Den Großteil der Ergebnisse betrachtet der linke Studierendenverband als nicht zufriedenstellend.

Das größte Problem sehen die linken Studierenden im Bereich Wohnen. Die Studentenwerke Stuttgart und Freiburg/Breisgau waren die einzigen in Baden-Württemberg, die mehr als die Hälfte der Studierenden, die sich beworben haben, aufnehmen konnten. Alle Übrigen mussten mehr Absagen als Zusagen verschicken. Besonders schlecht schnitten die Studentenwerke Mannheim und Karlsruhe ab, die etwa Dreiviertel der Bewerbungen ablehnen mussten.

Die meisten Studentenwerke konnten die Nachfrage nicht ansatzweise decken. Dass einige Studierende sich auch auf dem freien Wohnungsmarkt umsehen, ist richtig. Dennoch bleibt für die meisten, die sich bewerben, ein unkompliziertes Zimmer im Wohnheim die erste Wahl. Die Gesamtsituation ist gerade in Anbetracht steigender Mietpreise als ungenügend zu bezeichnen.

Etwas besser ist im Ländle die Situation im Bereich Verpflegung. Beim Studentenwerk Stuttgart kostet das Hauptgericht maximal 2,20€ und oftmals sogar weniger als zwei Euro. Beim Studentenwerk Heidelberg ist das Tagesmenü

für 2,15€ erhältlich. Deutlich teurer ist hingegen die Mensa vom Studentenwerk Bodensee „Seezeit“, die für das Stammenessen 2,65€ verlangt. Mit Abstand am teuersten isst man jedoch in der Mensa vom Studentenwerk Tübingen-Hohenheim. Dort sind für das reguläre Menü 2,85€ zu zahlen.

Teilweise ist Fast-Food günstiger als das subventionierte Mensa-Essen. Dennoch sind die Preise in der Mensa meist günstiger als in der privaten Gastronomie. Dafür gilt es anzumerken, dass es vergleichsweise häufig zu Beschwerden hinsichtlich der Qualität kommt. Auf Allergien und Nachhaltigkeit wird zudem nur unzureichend geachtet. So hat kein einziges Studentenwerk eine rein pflanzliche Menü-Linie im Angebot. Insgesamt ist die Verpflegung in den Mensen als mangelhaft zu betrachten.

Julien Ferrat, Mitglied im LandessprecherInnenrat

Linke beim Städtetag in Offenburg: Kommunen brauchen mehr Geld – Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung durchsetzen!

Die linken Stadträte Roland Hamm aus Aalen, Niko Fostiropoulos aus Karlsruhe, Christian Stähle aus Göppingen und Gerlinde Strasdeit aus Tübingen melden sich vom Städtetag am 5. November in Offenburg. Sie sind empört über die Bereitschaft von Ministerpräsident Kretschmann, den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung notfalls auszusetzen.

Auch die Absicht von Städtetagspräsidentin Barbara Bosch, den gesetzlichen Anspruch über die Absenkung von Qualitätsstandards zu unterlaufen, sei der falsche Weg für Städte und Gemeinden, kommentieren die linken Stadträte. DIE LINKE fordert Bund und Land auf, die Kommunen nicht weiter auszuhungern und den Bedarf an Kleinkindbetreuung flächendeckend finanziell abzusichern. „Wir müssen die Reichen im Land stärker zur Kasse zu bitten statt zu sparen bei Kindern, Familien, Lehrern und Schulsozialarbeit.“ so Niko Fostiropoulos, Stadtrat aus Karlsruhe.

Die SPD ist im Landtagswahlkampf angetreten mit dem Versprechen, Kita-Gebühren abzuschaffen. Die Grünen versprochen höhere Qualitätsstandards. Das ist Geschichte. Beides wird nicht eingehalten, kritisieren die vier linken Kommunalpolitiker. Unterstützung fand bei den Linken die Forderung von Präsidentin Barbara Bosch, den Investitionsstau bei den Krankenhäusern im Land abzubauen und die im Landtagswahlkampf 2011 versprochenen Fördermittel einzusetzen statt weiter den Kommunen in die Tasche zu greifen.

Auch die Schwaben werden immer ärmer

Viele Baden-Württemberger glauben, sie lebten in einem reichen Bundesland. Das stimmt für die Wirtschaft, aber nicht für die Menschen.

Nach einem weit verbreiteten Vorurteil geht es uns gut in Baden-Württemberg. Das stimmt so nicht mehr: Bei Daimler, Bosch oder EnBW können die Gewerkschaften noch gute Löhne für die Beschäftigten erreichen – wer aber nicht das Glück hat, eine unbefristete Vollzeitstelle zu haben, ist auch hier immer öfter von Armut bedroht. In Stuttgart sind die Einkommensunterschiede sogar besonders groß: Den relativ gut Verdienenden stehen immer mehr Menschen gegenüber, die sich nur das Allernötigste leisten können.

Setzt man die Armutsgrenze bei 60 Prozent des mittleren monatlichen Einkommens in Baden-Württemberg an, dann sind in unserem „reichen“ Bundesland 14,7 Prozent der Menschen arm, das entspricht 1,6 Millionen Menschen. Auf Stuttgart bezogen sind es sogar 20,8 Prozent, das entspricht 130 000 Menschen. Damit liegt Stuttgart mit seiner Armutsquote an der Spitze aller Großstädte in Deutschland.

Geradezu skandalös ist die Tatsache, dass in Baden-Württemberg zwei Merkmale für arme Menschen typisch sind: 24 Prozent der MigrantInnen und 44 Prozent der Alleinerziehenden müssen in Armut leben.

Frauen sind deutlich stärker armutsgefährdet als Männer. Zum einen sind die bereits erwähnten Alleinerziehenden meistens Frauen, zum anderen arbeitet ein großer Teil der Frauen in Minijobs oder in Teilzeit. Gerade in Baden-Württemberg ist der Anteil der sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. 2010 arbeiteten knapp 25 Prozent der abhängig Beschäftigten in prekären Jobs, 78 Prozent von ihnen waren Frauen. Die meisten tun das nicht freiwillig, sondern weil sie keine unbefristeten Vollzeitstellen mehr finden. Das hat nicht zuletzt für die Altersabsicherung fatale Konsequenzen: in Baden-Württemberg sind 65 Prozent der älteren Menschen Frauen, und knapp 40 Prozent von ihnen müssen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 700 Euro auskommen.

Die Bundesregierung behauptet, sie habe Deutschland aus der Krise geführt, die Menschen verdienen immer mehr und immer weniger seien arbeitslos. Das stimmt so nicht, obwohl besonders die Schwaben das noch immer gerne glauben. Die Einkommen steigen nur bei denjenigen, die eine Vollzeitstelle haben, und die Arbeitslosenzahlen gehen nur deshalb zurück, weil Men-

schen mit Teilzeit- und Niedriglohnjobs aus den Statistiken verschwinden. Wer dazu gezwungen ist, im Niedriglohnssektor zu arbeiten, befindet sich in einem Teufelskreis. Der Verdienst reicht nicht zum Leben, die Zukunft kann nicht geplant werden, und Altersarmut droht. Ein wirksames Rentenkonzept hat die Regierung Merkel ebenfalls nicht.

In Baden-Württemberg wird sich die Situation noch verschärfen, die Armut wird zunehmen. Die Bundesregierung wird den südeuropäischen Staaten noch mehr Kürzungsprogramme aufzwingen, und das wird in der baden-württembergischen Exportwirtschaft gut bezahlte Arbeitsplätze vernichten und schlecht bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

Wir, DIE LINKE, haben es uns zur Aufgabe gemacht, diesen Wahnsinn zu stoppen. Wir wollen keine Politik, die Menschen in die Armut drängt und sie der Möglichkeit beraubt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir wollen, dass es wieder Arbeit für alle gibt, von der man auch leben kann. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde und eine gesetzliche Beschränkung von Leih- und Teilzeitarbeit würde Millionen Menschen von Armut befreien, auch in Baden-Württemberg.

Marta Aparicio

LINKE fordert Strompreis-Bremse

Karin Binder, LINKE Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe, erklärt zu den massiven Strompreisanstiegen für Privathaushalte: „Zum Jahreswechsel wird elektrische Energie für viele Haushalte nochmals deutlich teurer werden. Die Strompreise schießen durch die Decke. Seit dem Jahr 2000 haben sich die Kosten für die Kilowattstunde bereits verdoppelt. Die jetzt angekündigten erneuten Erhöhungen sind eine Unverschämtheit. Kostentreiber an der Steckdose ist die schwarz-gelbe Bundesregierung. Sie verschenkt mit vollen Händen Milliarden Euro an Stromkonzerne und die Großunternehmen. Die Rabatte für Großverbraucher und Industrie werden direkt auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt. Die Folgen: Viele Bürgerinnen und Bürger können sich die steigenden Energiekosten nicht mehr leisten. 2011 wurde über 300 000 armen Haushalten der Strom abgestellt und es gab sechs Millionen Mal die Androhung einer Stromsperrre. Für die Betroffenen ist das der Horror, besonders in der kalten Jahreszeit.“

DIE LINKE fordert den Stopp der Strompreiserhöhungen. Ausnahmen für die Industrie bei Stromsteuer, Erneuerbare-Energie-Gesetz und Netzegebühren sind abzuschaffen. Die Versorgung mit elektrischer Energie gehört zur Daseinsvorsorge. Stromsperrern bei

Privathaushalten müssen deshalb unter-sagt werden.

Direkte Förderung von öffentlichem Wohnungsbau, statt wirkungsloser Förderkreditvergabe

Das von Nils Schmidt vorgestellte Landesprogramm zur Wohnraumförderung will mit Zahlen protzen, die sich bei genauerem Hinsehen als Luftnummern entpuppen und dem grundsätzlichen Problem von zu wenig bezahlbarem Wohnraum nichts entgegensetzen. Wirtschaftsminister Schmidt muss zur Kenntnis nehmen, dass das Mittel der Kreditvergabe in Zeiten historisch niedriger Zinsen, extrem teuren Baulands und großer Nachfrage auch nach teuren Mietwohnungen als wohnbaupolitisches Instrument nicht wirksam ist. Und weiter: Bezahlbaren Wohnraum schaffen kann man derzeit nur, wenn direkt durch Bund und Land Geld in die Kommunen und an öffentliche Wohnbauträger fließt, um selber zu bauen, Belegungsrechte zu kaufen oder um im Zusammenhang mit der Bauflächenvergabe an private Investoren vertraglich Mietobergrenzen und Belegungen festzulegen. Die im Förderprogramm eingestellten 63 Millionen, nur 40 Millionen davon sind für die Förderung von Mietneubau eingeplant, reichen nicht annähernd aus um die mehreren zehntausend in Baden-Württemberg fehlenden Sozialwohnungen zu bauen. Selbst im Idealfall schafft das Programm gerademal 700 neue Mietwohnungen. Das ist zu wenig und wird dem Bedarf und den Notwendigkeiten nicht gerecht.

Gregor Mohlberg

Linke Tübingen beantragt: Mieterhöhungen nach Sanierung begrenzen

Anton Brenner, Tübinger Stadtrat der Linken im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG, beantragte für die Aufsichtsratssitzung am 4. Dezember:

Die Mieterhöhungen nach der Sanierung werden auf den Betrag der tatsächlich erwirkten Einsparung begrenzt.

In seiner Stellungnahme zu den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwürfen zur Energiewende hat sich der Bundesrat 2011 für eine sozialverträgliche Kostenverteilung zwischen Mieter und Vermieter im Bereich der energetischen Gebäudesanierung ausgesprochen. Der Bundesrat fordert u.a.: „Die Belastung der Mieter durch umlagefähige Sanierungskosten sollte den Betrag der damit verbundenen Nebenkosteneinsparungen nicht überschrei-

ten.“

Das war ein einstimmiger Beschluss aller Ministerpräsidenten. Die Mehrbelastung durch Mieterhöhungen nach der Sanierung ist jedoch weit höher als die Senkung der Nebenkosten, die in der Regel bei 0,50 bis 0,70 € pro Quadratmeter liegt. Die Mieterhöhung der GWG nach Sanierung beträgt mindestens 1,50 € pro qm, in manchen Fällen wird die Miete auch um 3,50 € (Hagellocher Weg) oder gar 4,50 € (Eugenstraße) erhöht.

Was die Ministerpräsidenten, insbesondere Winfried Kretschmann (Grüne) und Hannelore Kraft (SPD), gefordert haben, sollte auch im grün-rot regierten Tübingen möglich sein, dass die Mieterhöhung nach der Sanierung auf den Betrag der tatsächlich erwirkten Einsparung begrenzt ist. Diese so genannte Warmmietenneutralität bewirkt zugleich, dass nur diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden, die tatsächlich Energie effektiv einsparen.

Die GWG wirbt zwar mit dem Satz:

„Die GWG hat es sich zur Aufgabe gemacht, für breite Schichten der Bevölkerung Wohnraum zu schaffen.“ Aber „breite Schichten der Bevölkerung“ besonders ältere Menschen, die bisher geringe Mieten bezahlt haben, können die erhöhten Mieten nach Sanierung kaum mehr bezahlen.

Sozialticket – landesweit Thema der Kommunalpolitik

Überall in Baden-Württemberg streiten linke Kommunalpolitiker für ein Sozialticket. Die Probleme eingeschränkter Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen sind zunehmend bedrückend. Aus diesem Grund setzen sich linke Mandatsträger in ganz Baden-Württemberg für die Einführung von Sozialtickets ein. Die Benennung variiert und auch das Angebot ist sehr unterschiedlich. Im Kern geht es aber darum,

www.bus-und-bahn-fuer-alle.de

SOZIAL TICKET JETZT!

DIE LINKE.
Im Mannheimer Gemeinderat

★ Das kostenlose Park+Ride-Ticket ist da! **PRIMA!!!**

Jetzt wird es Zeit für das Sozial - Monatsticket für 20 Euro !! Frohes Fest!

dass Menschen im Hartz 4-Bezug, mit geringem Einkommen oder einer geringen Rente ein ermäßigtes Monatsticket (bzw. Einzelfahrscheine) erhalten.

Zu diesem Thema hat das parteiunabhängige Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. im September 2012 eine Veranstaltung mit Michael Weisenstein, einem Mitglied des Aufsichtsrats der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), durchgeführt. Innerhalb der KVB stellt das in einem KölnPass integrierte Sozialticket keiner mehr in Frage. Im Gegenteil trägt dieses Sozialticket zur Wachstumskurve der KVB bei, ohne dass die Stadt Köln Geld zuschießen muss.

In vielen Kommunen in Baden-Württemberg gibt es Bemühungen Sozialtickets einzuführen. Entsprechende Anträge und Berichte linker Kommunalpolitiker sind auf der Homepage des Forums gesammelt (www.kompofo.de).

Hier ein Überblick, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

In **Karlsruhe** existiert bereits ein Sozialticket, das als Monats-Umweltkarte in einem Karlsruher Pass integriert ist und von der Stadt bezuschusst wird. Das Monatsticket ist für 25 Euro zu erwerben und es wurden 2011 etwa 4.500 Stück verkauft. Die Stadt Karlsruhe beglich die Mindereinnahmen für den KVV von rund 100 000 Euro. Eine marginale Größe innerhalb des Sozialhaushalts von 250 Millionen Euro. Die Stadträte der Linken fordern die Erweiterung des Angebots für Einzelfahrscheine.

In **Stuttgart** beantragte die Fraktion SÖS/Linke im März 2012, dass die Verwaltung ein Konzept für eine Mobilitätskarte vorlegen solle, unter Einbeziehung von Bonus- und Familiencard und mit der Einführung eines Sozialtickets.

In der Stuttgarter Regionalversammlung fordert die Linke eine sozial-ökologische Umgestaltung des Haushalts und die Einführung eines Sozialtickets im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS). „Es kann aber nicht sein, dass Menschen in prekären Lebenslagen der Zugang zum Nahverkehr verwehrt wird“, erklärt Christoph Ozasek die Forderung der Regionalgruppe.

Am 6.12.2012 wurden Anträge der LINKEN im **Esslinger** Kreistag zur Einführung eines gerechteren Tarifsystems und eines Sozialtickets ohne Diskussion von allen Parteien und Wählervereinigungen abgelehnt.

In **Ulm** sammelt der Stadtrat Uwe Peiker mit Unterstützung des Kreisverbandes der Linken Unterschriften für ein Sozialticket, um das Thema im Gemeinderat mit Nachdruck platzieren zu können.

Die Fraktionen der LINKEN im **Tübinger** Gemeinderat und Kreistag fordern, die bestehende Bonuscard zu

einem kreisweiten Sozialticket auszubauen. Für Schüler und Leistungsberechtigte der Kreisbonuscard sollen die Preise im ÖPNV nach unten an das Semesterticket angeglichen werden.

In **Kornwestheim** stellte Stadtrat Friedhelm Hoffmann den Antrag den vorhandenen Familienpass zu einer KornwestheimCard mit größerem Beziehungskreis zu erweitern. „Der derzeitige Familienpass bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung, da nicht nur Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern, sondern auch immer mehr arbeitende Erwachsene und Jugendliche (Aufstocker), Rentnerinnen und Rentner, ALG II (Hartz IV)- und Wohngeldempfänger eine öffentliche Unterstützung brauchen, um am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.“

In **Mannheim** wurde 2011 beschlossen ein Sozialticket einzuführen, mit Hilfe der Linken. Allerdings hatte die Linke einen weitergehenden Antrag gestellt, der vorher nicht angenommen wurde. Das beschlossene Sozialticket bedeutet aber nach der Einschätzung des Mannheimer Gemeinderats Thomas Trüper nicht viel mehr als Almosen. 400 000 Euro werden vom Sozialhaushalt für bezuschusste Einzelfahrscheine zur Verfügung gestellt, der Betrag ist gedeckelt und reicht bei ca. 26 000 Berechtigten nicht aus. Der VRN weigert sich einen Sozialtickettarif einzuführen.

In **Heidelberg** wurde die Einführung eines Sozialtickets beschlossen, die Verwaltung lässt momentan in einer Studie klären zu welchen Modalitäten. Die Bunte Linke / DIE LINKE fordert, dass der Preis den für Mobilität im Hartz 4-Regelsatz vorgesehenen Betrag nicht überschreiten soll. Dazu soll eine Kampagne gestartet werden.

In **Freiburg** wurde 2011 durch die grün-schwarzen Mehrheitsfraktionen des Stadtrates die Einführung eines Sozialtickets abgelehnt. Lothar Schuchmann fordert aber weiterhin mit der Linken Liste Solidarische Stadt das Sozialticket für 17 000 Freiburger Hartz IV-Abhängige, Niedriglöhner, Leiharbeiter, arme Rentner und Flüchtlinge.

Im Stadt- und Landkreis **Heilbronn** konnte aufgrund der Kampagne des Sozialforums erreicht werden, dass der Heilbronner Hohenloher Haller Nahverkehr (HNV) ein Sozialticket für 20 Euro anbieten möchte. Der Landkreis hat diesem Anliegen bereits zugestimmt und ist bereit das Ticket mit weiteren 20 Euro zu bezuschussen. Mit der Stadt Heilbronn und den weiteren Landkreisen im Verbund wird momentan verhandelt. Der Heilbronner Stadtrat Hasso Ehinger und Kreisrat Johannes Müllerschön haben das Anliegen in die jeweiligen Kommunalparlamente getragen.

*Florian Vollert, Heilbronn,
Forum linke Kommunalpolitik*

Gerechtigkeit unterm Weihnachtsbaum

von Bernhard Strasdeit, Linke Kreistagsfraktion, Kreisecke im „Schwäbischen Tagblatt“ Tübingen am 11.12.2012

Für die Aufstockung von Schulsozialarbeit im Landkreis fordern Linke und FDP im Kreishaushalt 40 000 Euro. Das sind 10 000 Euro weniger als ein SPD-Kanzlerkandidat mit zwei Abendvorträgen einstreicht. Wir bedanken uns bei der Kreissparkasse, den Stadtwerken und anderen Vortragsveranstaltern im Landkreis, dass man es bislang vermeiden hat, sich von diversen Raffkes für eine Gage von 25 000 Euro die „Levitin lesen“ zu lassen.

Eine ganz schlichte Feststellung machte jüngst Furore: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“. Im offiziellen Armutsbericht der Bundesregierung wurde dieser ursprünglich enthaltene Satz getilgt. Ebenso wurde im veröffentlichten Bericht die Erkenntnis gestrichen, dass die Einkommen im oberen Bereich der Gesellschaft stark steigen und im unteren Bereich sinken und dass diese Entwicklung das Gerechtigkeitsempfinden in der Gesellschaft verletzt. Es erinnert etwas an die Endphase der DDR, wenn eine Staatsführung ihre eigenen Erkenntnisse fälschen muss, um kritischer Betrachtung aus dem Wege zu gehen. Besser wäre es, die Gesetzgeber würden handeln: gegen Niedriglöhne, Billigjobs und Armutsrenten. Immer weniger Beschäftigte erhalten Weihnachtsgeld; auch sie haben Kinder, die Geschenke unterm Weihnachtsbaum erwarten.

Der Kreistag könnte einen bescheidenen Beitrag leisten für mehr Gerechtigkeit. Bei den laufenden Haushaltsberatungen fordern wir erneut, dass es einen finanziellen Einstieg gibt in ein kreisweites Sozialticket. Die zweieinhalb Millionen Euro Entlastung im Kreishaushalt machen es möglich. Warum zahlen Schüler und Leute mit geringem Einkommen im Vergleich das Vielfache für ein Monatsticket wie Studierende? Das hat uns noch niemand beantwortet. Für Schülertickets im Landkreis und für Leistungsberechtigte der Kreisbonuscard sollten die Fahrpreise mindestens an das günstige Naldo-Semesterticket angepasst werden. Im kürzlich mit unseren Stimmen verabschiedeten Nahverkehrsplan gab der Kreistag eine Willensbekundung ab in Richtung Sozialticket. Aber Papier ist geduldig. Jetzt wäre es an der Zeit, dem Verkehrsverbund auf die Sprünge zu helfen, diese Absicht auch umzusetzen und als Chance zu begreifen, besser noch: als Geschäftsmodell zu betreiben, um allen Menschen Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Zum Ausgang der OB-Wahlen in Karlsruhe

Der OB-Wahlkampf in Karlsruhe ist vorbei. Der gemeinsame Kandidat von SPD, Grünen, Karlsruher Alternativen Liste (ehemals Rechtsabspaltung der Grünen) und Piraten (die sich erst spät zu einer Unterstützung entschieden hatten), Dr. Frank Mentrup, hat – für alle Beobachter überraschend – bereits im ersten Wahlgang am 2. Dezember eine absolute Mehrheit der Stimmen (55%) erreicht. Mit deutlichem Abstand kam der Kandidat der CDU, Ingo Wellenreuter, nur auf 35%, ihm folgen mit 4,4% Friedemann Kalmbach (ein christlich-konservativer Kandidat, der von der Schwäche Wellenreuters profitieren konnte) und schließlich der Kandidat der Partei DIE LINKE, Niko Fostiropoulos, mit 2,4%.

Eine Niederlage für DIE LINKE? Wir sind der Auffassung: Nein, im Gegenteil! Zuallererst muss festgehalten werden, dass die Wahl von Mentrup zum Oberbürgermeister ein klarer Fortschritt ist. Der angekündigte Politikwechsel muss natürlich auch ein inhaltlicher und nicht nur ein personeller sein – daran werden wir Mentrup sicher noch erinnern müssen. Gerade weil die von uns im Wahlkampf gesetzten, „erfrischenden Ideen“ (BNN vom 3. Dezember 2012), wie ein kommunales Wohnungsbauprogramm, gebührenfreie Kitas, eine vorbildliche Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Einführung von Bürgerentscheiden für alle umstrittenen Großprojekte, während des Wahlkampfes z.T. auch von den anderen Kandidaten übernommen wurden, wird es uns leicht fallen, diese weiter energisch in die kommunalpolitische Debatte einzubringen.

Auch wenn wir uns das Ergebnis von unserem Kandidaten Niko Fostiropoulos sicherlich besser gewünscht hätten (und von der wohl doch nicht so repräsentativen Umfrage von Mitte November, die uns mit 5,1% veranschlagte, sicherlich verführt waren, ein ähnlich hohes Wahlergebnis zu erwarten), war unser Wahlantritt ein Erfolg. Uns war von Anfang an bewusst, dass wir in der sich zuspitzenden Wechselstimmung und dem Zweikampf Mentrup–Wellenreuter, keinen großen elektoralen Erfolg erwarten durften. Aber uns war ebenso klar, dass wir – und damit linke Themen – ohne eine eigene Kandidatur während des Wahlkampfes in der Stadt politisch nicht mehr in Erscheinung getreten wären, wir wären also „nicht mehr vorgekommen“. Insofern konnten wir durch unseren Wahlantritt folgendes erreichen:

Wir konnten im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern (auf knapp 30 Podiumsdiskussionen, im Straßenwahlkampf) erfolgreich linke Positionen in die Karlsruher kommunal-

politische Diskussion tragen. Teilweise übernahmen andere Kandidaten die von uns gesetzten Themen.

Wir haben auf Augenhöhe mit den anderen Kandidaten einen fairen, an der Sache orientierten Wahlkampf geführt, der in unserem erweiterten politischen Umfeld bleibenden Eindruck hinterlassen hat. (Auch wenn hier aus taktischen Gründen die Stimme an Mentrup gegeben wurde.)

Wir waren in der Presse ausnehmend positiv und auffallend oft vertreten. (Allein in der BNN vom 17.9. bis zum 3.12. 51-mal!)

Wir konnten im Rahmen des OB-Wahlkampfes einem sonst für DIE LINKE schwerer erreichbaren Klientel unsere Inhalte nahe bringen und bekamen fast ausschließlich positive Rückmeldungen.

Wir waren im Stadtbild mit unseren Plakaten sehr gut sichtbar, was den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt hat, dass DIE LINKE in Karlsruhe eine Partei ist, mit der man auch in Zukunft rechnen darf.

Die hervorragend und vor allem effizient geführte Kampagne versetzt uns nun in die Lage, an den oben genannten Themenfeldern anzuknüpfen und sie als Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2014 erfolgreich in die kommunalpolitische Debatte einzubringen. Uns allen muss klar sein: Nur mit kommunalpolitischer Präsenz und erarbeiteter Fachkompetenz sowie Basisaktivität von unten kann DIE LINKE auf Dauer erfolgreich sein.

Michael Fischer, Kreissprecher DIE LINKE. Karlsruhe

Kommunen in der Krise

Nur höhere (kommunale) Steuern werden vielen Gemeinden einen Finanzkolaps ersparen, sagte der Linken-Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle in Ulm.

Christoph Mayer schrieb in der Ulmer Südwestpresse:

Geschlossene Schwimmbäder und Bibliotheken, Schlaglöcher, die Brunnen sprudeln auch im Sommer nicht: Man kennt derart triste Zustände bislang nur aus dem Ruhrgebiet, wo es reihenweise überschuldete Kommunen und leere Stadtsäckel gibt. Nein, im reichen Südwesten ist es noch nicht so schlimm, weiß auch Richard Pitterle, Linken-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Böblingen, der als Gast der Ulmer Linken in den „Ulmer Stuben“ über die „Krise der Kommunal Finanzen“ referierte. Aber selbst in einer wohlhabenden Stadt wie Sindelfingen – man denke an die legendären marmornen Zebrastrifen – seien die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren um mehr als

die Hälfte zurückgegangen: weil große Gewerbesteuerzahler wie Mercedes aufgrund bundespolitischer Fehlentscheidungen fiskalisch nicht ausreichend zur Verantwortung gezogen würden.“

Pitterle sagt, er wisse, wovon er spricht. Schließlich sitzt er nicht nur im Finanzausschuss des Bundestages, sondern auch im Sindelfinger Gemeinderat. „In der Kommunalpolitik merkt man am ehesten, was die in Berlin beschließen.“ Auch in seiner Stadt würden mittlerweile zwei Schwimmbäder in Eigeninitiative von Vereinen betrieben, nur dank bürgerschaftlicher Mithilfe bleibe eine Stadtteilbibliothek geöffnet. „Nichts gegen das Ehrenamt“, sagt der 53-jährige Rechtsanwalt. Er sagt aber auch: „Es wird zu oft als Lückenfüller für fehlende finanzielle Mittel der Kommunen missbraucht.“

Was tun? Die Forderungen der Linken überraschen nicht. Eine höhere Besteuerung der Wohlhabenden sei nötig, sagt auch Pitterle. So plädiert er für die Einführung der Gemeindefinanzsteuer, einer Art Gewerbesteuer für freie Berufe. „Ärzte, Anwälte, Wirtschaftsprüfer sollten ihren Beitrag für die Stadt leisten.“ Auch Ulm sei unterfinanziert, pflichtete ihm die hiesige Linken-Sprecherin und Bundestagskandidatin Eva-Maria Glathe-Braun bei. So gebe es zu wenig sozialen Wohnungsbau und zu viel verdeckte Armut. „Auch die freie Kulturszene braucht mehr Geld.“

DIE LINKE Ravensburg zu Klinikschließungen

Der Vorstand der Linken im Kreis Ravensburg kritisiert den Kreistagsbeschluss zur Schließung der OSK-Kliniken in Leutkirch und Isny.

„Es ist eine Farce, dass die überwiegende Mehrheit der Kreisträte für die Schließung zweier Krankenhäuser stimmt, bei denen gerade einmal knapp acht Prozent der Gesamtschulden der Oberschwabenklinik eingesparrt werden“, so der Leutkircher Kreisvorsitzende der Linken, Michael Konieczny.

Und auch diese Summe steht noch in den Sternen, denn eine genaue Kostenrechnung gibt es noch nicht, wie sich in der Kreistagssitzung herausstellte. Das Einsparpotential könnte also noch niedriger liegen. „Eine bedarfsgerechte Patientenversorgung ist damit im nordöstlichen Allgäu geschwächt“, so Konieczny weiter, „und das gegen die Bevölkerung“. Die Bürgerbewegung „Pro Krankenhaus Leutkirch“ war mit gut 200 Menschen bei der entscheidenden Sitzung dabei. Vernünftige Lösungen über eine alternative Weiternutzung des Krankenhauses unter dem Namen der OSK, wie von der Stadt Leutkirch vorgeschlagen, wurden nicht einmal abschließend geprüft. Die Schließungen wurden

als „alternativlos“ dargestellt.

Der finanzielle Notstand der OSK ist auch eine Folge der Gesundheitsreform mit der Einführung der Fallpauschalen, des finanziellen Investitionsstaus von Bund und Land und der Ausrichtung der Krankenhäuser auf profitorientiertes Wirtschaften.

„Gesundheit muss nicht Profit abwerfen genauso wenig wie wir das von der Stadtbeleuchtung, Müllabfuhr und Feuerwehr erwarten“, sagt der Linke-Kreisrat Dr. Till Bastian, der gegen die Schließung der Kliniken stimmte.

Ein weiteres Kopfschütteln verursachte die Abstimmung über das Krankenhaus Isny. Hier gibt es noch einen Vertrag von 1970, der allerdings noch gültig ist. Die einfache Schließung ist danach nicht möglich. Es handelt sich also um eine offene Rechtslage. „Wie kann ich als politisch Verantwortlicher etwas zustimmen, wo es noch rechtliche Fragen gibt?“, so Konieczny, „diesen Punkt hätte man bis zur Klärung verschieben müssen.“

Linke-Kreisrat Peter Rauscher zum Kreishaushalt Esslingen 2013

Kreisklinik muss öffentlich bleiben, Nahversorgung durch Genossenschaften

Gestatten Sie mir mit einem unangenehmen Thema zu beginnen: die Situation der Kreiskliniken. Ich halte nichts davon hier und heute Schuldzuweisungen an einzelnen Akteuren zu veranstalten. Denn, wenn man die regionale und überregionale Presse verfolgt, so wird man leicht feststellen, dass unser Problem ein allgemeines Problem darstellt. Selbst, wenn man Fehler unterstellte, erklärten diese ein Defizit von über 11 Millionen Euro nicht. Der Teckbote titelte im September 2012 (18.9.2012): „Klinikbetreiber beklagen immer größeren Kostendruck. Mehr Patienten, mehr Ärzte – und mehr rote Zahlen“. Die verfehlte Gesundheitspolitik des Bundes, aber auch die Weigerung des Landes, notwendige Investitionen zu finanzieren, sind dafür die wichtigsten Ursachen.

Notwendig ist eine ausreichende Finanzierung von Krankenhausinvestitionen aus der öffentlichen Hand, hier ist in erster Linie das Land gefordert. Eine Gesundheitspolitik, die im neoliberalen Sinne aus kranken Menschen Fallzahlen und Fallpauschalen macht und damit diese zur Ware degradiert, ist verfehlt. Krankenhäuser dürfen nicht auf profitorientiertes Wirtschaften – so wie es die Gesundheitsreform wollte – ausgerichtet werden. Wenn mehr als die Hälfte der Krankenhäuser im Land trotz nachgewiesener Effizienz keine Überschüsse erzielen, dann stimmt etwas im System

nicht. Hier müssen wir auf allen Ebenen politisch wirken.

Falsch und überstürzt halte ich allerdings auch die teilweise Schließung von Klinikstandorten, bevor das Gutachten über die Klinikstruktur im Landkreis vorliegt. Meines Erachtens widerspricht dies dem Gutachterauftrag vom 24.5.2012.

Deutlich möchte ich auch machen, dass wir gemeinsam eines verhindern sollten, eine Privatisierung unserer Kliniken. Die statistischen Zahlen belegen, dass Privatisierung auch eine Reduzierung der Betten und damit der Grundversorgung bedeutet. Eine Privatisierung bedeutet Verschlechterung der Patientenversorgung und der Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Dies gilt auch für Teilprivatisierungen! Die Organisation des Gesundheitswesens ist eine öffentliche Aufgabe. Das Gesundheitswesen darf nicht zum Markt, Gesundheit und Krankheit nicht zu Waren werden.

Fachtagung Nahversorgung

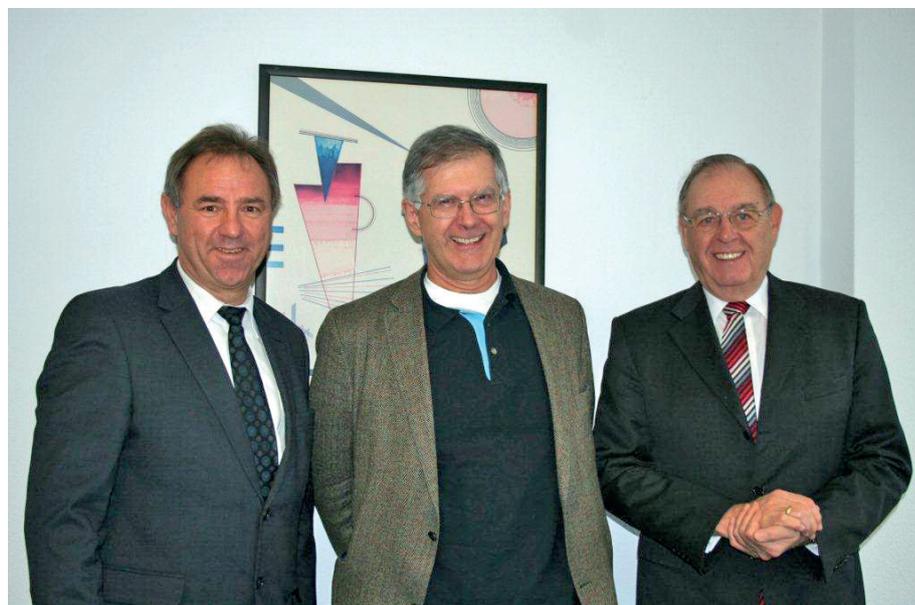
Zunehmend gibt es im Landkreis Probleme mit der Nahversorgung der Bevölkerung. Daher beantrage ich, dass der Landkreis in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung eine Fachtagung zum Thema Sicherstellung der Nahversorgung in Kommunen durch Genossenschaftsläden ausrichtet. Bestehende Modelle wie in Unterensingen oder Nürtingen-Roßdorf und andernorts, aber auch die Bemühungen von ehemaligen Schlecker-Beschäftigten unter Mithilfe der Gewerkschaft Ver.di, geschlossene Filialen mit günstiger Lage in ein Nachbarschaftsladennetzwerk zu überführen, sollen dabei Berücksichtigung finden.

Viele Gemeinden stehen vor der großen Herausforderung für die lokale und insbesondere alternde Bevölkerung, die Nahversorgung vor Ort sicherzustellen,

um der Abwanderung entgegenzuwirken, Kaufkraft vor Ort zu binden und das Gewerbesteueraufkommen zu sichern. Sie sind dabei besonders erspressbar durch die dominierenden Lebensmitteldiscounter. Durch die Ansiedlung von Discountern werden nicht nur vor Ort kleine Läden, Metzger oder Bäcker verdrängt, sondern oftmals auch Händler und Filialisten in umliegenden Gemeinden in wirtschaftliche Nöte gebracht. Durch die Verlagerung von Kundenströmen an die Randlagen müssen oftmals die Ortszentren um ihre Existenz bangen. Das Genossenschaftswesen hat eine lange Tradition in der deutschen Geschichte. Für kleine Gemeinden, aber auch für Randbezirke der Mittelzentren könnten Genossenschaftsläden eine echte Alternative zu den großen Discountern sein, um Ortskerne zu revitalisieren, die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs und das Prinzip der kurzen Wege sicherzustellen. Mit welchen Hürden und Anschub-schwierigkeiten aber auch Risiken Genossenschaftsmodelle konfrontiert sind und wie Kommunen bei diesen Formen der solidarischen Ökonomie unterstützend wirken können, das soll auf dieser Fachtagung erörtert werden.

Besuch beim Sozialverband VdK

Der VdK ist mit 1,6 Millionen Mitgliedern der größte Sozialverband in Deutschland. In Baden-Württemberg hat er mehr als 200 000 Mitglieder. Der Verband ist sehr aktiv in der Rechtsberatung und Einzelfallhilfe, betreibt aber auch politische Aufklärung und soziale Lobbyarbeit; also eine interessante Organisation. Kurz vor Weihnachten hat Michael Schlecht den Vorsitzenden des VdK in Baden-Württemberg Roland Sing



Michael Schlecht (MdB) mit VdK-Landesgeschäftsführer Hans-Josef Hotz (links) und dem Landesvorsitzenden Roland Sing (rechts)

und seinen Geschäftsführer Hans-Josef Hotz in Stuttgart besucht. In vielen sozialpolitischen Fragen bestehen beim VdK und bei der Linken ähnliche Sichtweisen. Dass zum Beispiel das Rentenniveau seit Jahren immer weiter heruntergekürzt wird, ist hochgradig kritikwürdig. Auch die vollkommen ungenügende Ausgestaltung der Pflege ist dem VdK ein besonderes Anliegen.

Der VdK beteiligt sich auch an der vor einem Jahr ins Leben gerufenen Aktionsgemeinschaft UmFairteilen. Die Besteuerung von Millionären und Milli-

ardären zugunsten der Daseinsvorsorge ist ein wichtiges Thema. Trotz der großen Mitgliederzahl tut sich der VdK schwer mit der politischen Mobilisierung der Mitglieder. Bei vielen älteren Menschen kommen Einschränkungen bei der Mobilität hinzu. Eine stärkere Beteiligung am Bündnis UmFairteilen könnte man sich aber schon vorstellen.

Atmosphärisch verlief das Gespräch sehr positiv. Der Vorsitzende Roland Sing zeigt sich erfreut an einem Kontakt mit der Linken, so wie er zu allen demokratischen Parteien den Kontakt sucht.

Abschließend wurde eine Fortsetzung der Begegnung vereinbart, ggfs. auch im Rahmen von Veranstaltungen der Linken, zum Beispiel zur Rentenpolitik.

„Den Sozialstaat zu erhalten, ist auch 2013 unser wichtigstes Anliegen. Wir werden im Vorfeld Bundestagswahl – wie schon 2009 – die Bundestagskandidatinnen – und Kandidaten in einer bundesweiten VdK-Aktion in öffentlichen Veranstaltungen um klare Stellungnahmen bitten.“ (Ulrike Mascher, Präsidentin des VdK Deutschland, Quelle VdK-Zeitung 12/1)

VdK-Forderungen zum Wahljahr 2013

Gastbeitrag von Roland Sing, Vizepräsident des VdK Deutschland, Landesvorsitzender des VdK Baden-Württemberg

Die Sozialpolitik liegt uns als VdK besonders am Herzen. Wir begreifen Sozialpolitik als gesellschaftlichen Kitt, der unser Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland zusammenhält. Gerade darum ist es uns wichtig, dass die Sozialversicherung mit ihren fünf Säulen der gesetzlichen Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosen- und der Unfallversicherung gestärkt und nicht – wie in der Vergangenheit teilweise geschehen – geschwächt wird.

Fehlentscheidungen bei der Rentenpolitik

Das beste Beispiel dafür ist die Rentenpolitik der letzten Jahre, übrigens verschiedener Bundesregierungen. So leidet die gesetzliche Rentenversicherung heute noch unter den Fehlentscheidungen der sogenannten Agenda 2010. Die Absenkung des Rentenniveaus – geplant bis zum Jahre 2030 auf 43 Prozent des Nettolohns – war genauso falsch wie die Einführung der Riesterrente und vor allen Dingen der damit verbundenen Entscheidung, den Sozialversicherungssystemen Beitragsmittel zu entziehen. Notwendig wäre also zuerst eine Korrektur der Entscheidungen aus 2001/2002.

Des Weiteren muss dafür gesorgt werden, dass die derzeitige Rentengeneration belastenden Kürzungsfaktoren zurückgenommen werden. Auch muss viel mehr dafür getan werden, dass Menschen durch Rehabilitationsmaßnahmen im Arbeitsprozess gehalten werden können – dies wäre auch ein wichtiger Beitrag, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Ein weiteres großes Problem aus der Sicht des VdK stellt dabei die drohende Altersarmut dar. Hier ist in erster Linie dafür zu sorgen, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse vermieden und dass ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Wer nicht ausreichend verdient, kann auch nicht ausreichend Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bezahlen. Die Folge ist: keine auskömmliche Altersversorgung für künftige Generationen.

Leider ist die rentenpolitische Lage aktuell so, dass bis zur Bundestagswahl überhaupt nichts mehr entschieden wird. Entscheidungen, um der drohenden Altersarmut zu begegnen, werden 2013 nicht erfolgen.

Gesundheit

In der gesetzlichen Krankenversicherung haben wir ebenfalls Fehlentwicklungen zu verzeichnen. Für uns ist es völlig unverständlich, dass einzelne gesetzliche Krankenkassen – deutlich ermuntert durch den FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr – an junge und gesunde Mitglieder sogenannte Prämien ausschütten sollen. Dieses Geld wird für die Versorgung von kranken, insbesondere chronisch kranken, Patienten benötigt. Deshalb ist diese Vorgehensweise für uns in keiner Weise akzeptabel. Den Patienten Leistungsansprüche zu verweigern – die Sozialrechtsberatung des VdK kann ein Lied davon singen – und Prämien auszuschütten, ist ein eklatanter Widerspruch. Ein richtiger Schritt war dagegen die Abschaffung der Praxisgebühr, die nie eine Steuerungsfunktion für weniger Arztbesuche hatte. Sie führte in der Vergangenheit dazu, dass insbesondere Menschen mit geringem Einkommen Arztbesuche aufgeschoben und so ihre Gesundheit gefährdet haben. Der VdK hat dies immer so gesehen. Vor neun Jahren wollte aber niemand auf den VdK hören – leider! Nach wie vor verdient der Staat mit an der Arzneimittelversorgung. Dies deshalb weil auf Arzneimittel 19 Prozent Mehrwertsteuer erhoben wird. Zwar hatte der VdK 2007 über 2,3 Millionen Unterschriften dagegen gesammelt, beeindruckt hat das die Politik aber nicht. Die Hoteliers waren dabei viel erfolgreicher.

Pflege

In der gesetzlichen Pflegeversicherung begrüßt der VdK gewisse Leistungsverbesserungen für Demenzerkrankte und auch, dass pflegende Angehörige mehr Unterstützung erfahren sollen. Zu kriti-

sieren ist allerdings sehr, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht geändert und auch die Pflegeversicherung nicht auf Dauer finanziell wetterfest gemacht wird. Das bedeutet nichts anderes als: Nach der Pflegereform vom 1. Januar 2013 ist vor der Pflegereform ab dem Jahre 2014. Dies ist keine solide Strategie unter dem Aspekt der demografischen Entwicklungen.

Die Themenliste für 2013 ließe sich noch beliebig erweitern. So liegen uns die Herstellung von Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung weiterhin sehr am Herzen. Unsere wichtigste Botschaft ist aber, dass wir als Sozialverband VdK feststellen: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Deshalb wollen wir die Solidarität der Menschen untereinander stärken. Wir wollen, dass Reiche für Arme, Gesunde für Kranke und Jüngere für Ältere einstehen. Kurz und gut: Es geht um die Sicherung und den Ausbau einer solidarischen Gesellschaft. Auch das Jahr 2013 bietet als Wahljahr dafür gute Gelegenheiten.

**Eine für alle
und alle für
eine.**

Für eine solidarische,
gerechte und sichere Rente

DIE DIE LINKE.
RENTE

Ulmer Dialog zum Grundeinkommen

„Das heutige Sozialsystem ist nicht zukunftsfähig – Lösungsansatz Grundeinkommen“ war das Thema des 3. Ulmer Dialog zum Grundeinkommen Mitte November im Café Kornhauskeller Michael Schlecht, MdB DIE LINKE, Uli Walther, liberaler Unternehmensberater, und Erhard Groß, neutraler Steuerberater, waren darüber im Gespräch, das von Friedrich Hog (Radio Free FM) moderiert wurde.

Die Ulmer Dialoge werden von der Initiative Grundeinkommen Ulm organisiert. Diese Initiative hat uns auch sehr bei der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen unterstützt. Einer der Hauptgründe für das Engagement dieser Initiative ist die Beseitigung des gegenwärtigen repressiven Grundsicherungssystems (Hartz IV) zugunsten eines sanktionsfreien Bedingungslosen Grundeinkommens für alle.

In der bisweilen leidenschaftlich geführten Debatte erklärte Michael Schlecht die Defizite unseres Sozialsystems aus den Verwerfungen der Arbeitswelt und der Lohnentwicklung der letzten Jahre. Mit einer drastischen Lohnerhöhung (flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro) und sinnvollen Beitragserhöhungen ließe sich so manche negative Entwicklung rückgängig machen und selbst der

drohenden Altersarmut von Rentnern begegnen. Er kämpft dafür, dass unser Sozialsystem für alle sozial wird. Ein Grundeinkommen für alle als Alternative zur gegenwärtigen Grundsicherung lehnt Michael Schlecht ab, allein schon deshalb, weil es aus seiner Sicht nicht durchsetzbar sei.

Uli Walther verwies darauf, dass die Zeiten Bismarcks, in denen das alte Modell des Sozialstaates erfunden wurde und lange tauglich war, vorbei sind. Eine nüchterne Betrachtung der Gesellschaft, der Schwankungen des Arbeitsmarktes und der nationalen und internationalen Märkte, des demografischen Faktors sowie der unverhältnismäßigen Verwaltungskosten des bisherigen Sozialsystems verlangten nach neuen Ideen. Ziel müsse eine öko-soziale Marktwirtschaft sein, mit dem bedingungslosen Grundeinkommen als einem wichtigen Baustein.

Erhard Groß erinnerte im Zusammenhang mit der „Rentenfrage“, dass es ausschließlich die sozialversicherungspflichtigen Angestellten sind, die für den Erhalt der künftigen Rentner herangezogen werden. In eine Solidargemeinschaft gehörten aber alle Einkommen. Daraus resultiere dann allerdings auch ein Anspruch auf eine ausreichende Sockelrente, wie das in der Schweizer Alters- und Hinterbliebenenversicherung

gehandhabt wird. Ein Grundeinkommen würde in vergleichbarer Weise die Verantwortung aller für alle entscheidend erweitern. Ein gesetzlicher Mindestlohn alleine, den er im Übrigen für unverzichtbar hält, würde die zu erwartende Rentenfinanzierungslücke mit dem bisherigen System nicht schließen können.

Von den rund 50 Besuchern der Veranstaltung im Café im Kornhauskeller kamen im Anschluss viele Fragen und anregende Diskussionsbeiträge zu Ideen und Konzepten eines Grundeinkommens. Auch welche Vorstellungen und Modelle die LINKEN bislang dazu anbieten. Michael Schlecht wurde gefragt, wie die Bundestagsfraktion der LINKEN die von ihm geforderten Ziele umzusetzen gedenke.

Ein Fazit dieser Veranstaltung war, dass diesem System der sozialen Ungerechtigkeit neue Konzepte entgegengesetzt werden müssen. Ein BGE ist dazu eine Möglichkeit, die in die Parteien, zuvorderst der LINKEN, darüber hinaus aber auch in die Öffentlichkeit getragen und seriös diskutiert werden müssten. Ein Fazit für den Veranstalter war, dass sich die Idee und Konzepte eines BGE gerade in offenen und durchaus auch kontroversen Veranstaltungen hervorragend transportieren lässt.

Eva-Maria Glathe, Sprecherin der LAG Grundeinkommen und Annelie Kinzler (IGU)

Aus Kontext: Wochenzeitung:

„Geht ab wie Schmidts Katze“

von Susanne Stiefel

Christina Frank ist so etwas wie der Schutz- und Racheengel der Schlecker-Frauen. Denn wenn die Stuttgarter Gewerkschaftssekretärin etwas anpackt, dann richtig. Achtstundentage sind ihr dabei ebenso schnurz wie die Kleiderordnung bei Verdi, weshalb die engagierte Kämpferin im eigenen Haus nicht immer geliebt wird. Von den Schlecker-Frauen dafür umso mehr. Die bringen ihr dann schon mal Pralinen ins Büro, „weil du abgehst wie Schmidts Katze“.

An diesem Augusttag quillt ihr Postfach über. Der Computer teilt ihr mit, dass er nun wirklich keine Mails mehr annehmen kann. „Das regel ich später“, sagt Christina Frank und räumt einen Besucherstuhl frei. Später, das kann auch mal nachts um 3 Uhr sein, wenn kein Anruf sie mehr in ihrem kleinen Büro im Stuttgarter Gewerkschaftshaus stört, wenn kein Journalist mehr etwas von ihr wissen will und sie alle Schlecker-Frauen arbeitsrechtlich beraten hat, deren Ansprüche nicht erfüllt wurden oder die sich über das Arbeitsamt be-

schweren. Oder die einfach nur getröstet werden müssen.

Seit der Insolvenz des einstigen Drogerie-Giganten aus Ehingen im März diesen Jahres kann die 57-Jährige von der gewerkschaftlich geforderten 37,5-Stunden-Woche nur träumen. Aber für Träume hat Christina Frank keine Zeit. „Ich bin das Nadelöhr“, sagt sie ruhig. „Ich muss jetzt durchhalten.“ Der Mittelmeer-Kalender neben ihrem überfüllten Schreibtisch muss ihr derzeit als Urlaubersatz genügen.

Ein System von Bedrohung und Nötigung. Christina Frank fühlt sich für „ihre“ Schlecker-Frauen verantwortlich, die sich übrigens selbst so nennen. Als Gewerkschaftssekretärin für den Einzelhandel hat sie über Jahre für Betriebsräte und einen Tarifvertrag bei Schlecker gekämpft. Mit Erfolg. Sie ist von Filiale zu Filiale gereist, sie hat die Verkäuferinnen kennengelernt und sie davon überzeugt, eine Interessenvertretung zu wählen. Sie hat gegen übergriffige Vorgesetzte geklagt, „das war ein System von Bedrohung und Nötigung“, sagt sie. Von den rund 700 betroffenen Schle-

cker-Frauen im Bezirk Stuttgart sind 80 bis 90 Prozent bei Verdi organisiert. Darauf ist Frank stolz.

Eine untypische Gewerkschafterin

Doch sie weiß auch, dass dies eine Verpflichtung ist. Kürzlich ist ihr beim Stammtisch der Schlecker-Frauen im Gewerkschaftshaus eine ehemalige Verkäuferin aufgefallen, die mit versteinertem Gesicht dasaß, kein Wort sprach und ging, bevor sie sie ansprechen konnte. „Hast du mir ihre Nummer“, fragt sie am Telefon eine Kollegin, „ich hab Angst, dass sie aus dem Fenster springt.“ Christina Frank sieht hinter ihren Mitgliedern auch den Menschen.

Kollegen bescheinigen ihr, eine untypische Gewerkschafterin zu sein. Das ist oft nicht freundlich gemeint. Christina Frank ist keine Funktionärin, die nur in Mitgliederzahlen, Hierarchien und Tarifstrukturen denkt. Die gelernte Diplompädagogin kümmert sich um jede dieser Frauen, egal, ob es um eine falsche Lohnabrechnung geht oder darum, dass bei manchen schon der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht. Sie weiß,

dass Tränen und Verzweiflung nicht am Telefon verhandelt werden können und nicht bei allen Fragen das Arbeitsrecht hilft. Dann lädt sie die Betroffenen ein in ihr Büro und verschiebt alles andere in die Nacht. Das Schicksal dieser Frauen ist ihr nicht gleichgültig.

Weniger wichtig sind ihr Vorgesetzte, mit denen sie seit Beginn ihrer Gewerkschaftstätigkeit vor vielen Jahren zuverlässig in Streit gerät. Nur mit Stuttgarts Verdi-Chef Bernd Riexinger hat sie sich immer gut verstanden. Der hat das Energiebündel laufen lassen, hat sie unterstützt und sich gefreut, wenn Christina Frank mal wieder bei Maischberger, Anne Will oder Maybritt Illner in der Talkrunde saß. Ihr unermüdliches Engagement für bessere Arbeitsbedingungen bei Ikea, Breuninger, H & M und nicht zuletzt für die Schlecker-Frauen hat sich bundesweit herumgesprochen. Nicht jeder in ihrer Gewerkschaft beobachtet so viel Medienpräsenz mit Riexingers Gelassenheit. Neid ist auch unter Genossen kein Fremdwort.

Bei Anne Will bescheinigt: „ein gerüttelt Maß an Leidenschaft“

Zu Riexinger konnte Christina Frank noch abends ins Büro kommen, diskutieren, ob Entscheidungen richtig waren, Sorgen abladen und vor allem – neue Ideen ausbaldowern. Seitdem er den Job als Vorsitzender der Linken übernommen hat, ist Schluss mit diesem kreativen Gedankenaustausch, der sich nicht an Arbeitszeiten und Hierarchien orientiert. „Ich hoffe, dass er wieder zurückkommt“, sagt Christina Frank. Diese Frau kann jede Unterstützung brauchen.

Woher kommt diese Energie?

Was treibt diese Frau an, die seit März fast Tag und Nacht arbeitet, die ihren Mann kaum sieht, der irgendwann schicksalsergeben stöhnte, „irgendwann fällst du tot um“? Da sitzt sie in ihrem kleinen Büro, wo sich die Papiere auf dem Schreibtisch und auf den Stühlen stapeln, wo das Bundesgesetzbuch, das Arbeitsrecht und der Erfurter Kommentar auf dem Fensterbrett stehen und das Familienbild die Zeit mit der Familie ersetzen muss – und lacht. „Ich hab mich schon immer verantwortlich gefühlt“, sagt Christina Frank, die mit vielen jüngeren Geschwistern aufgewachsen ist, „das ist so ein Vogel, den ich schon als Kind entwickelt habe.“ Ungerechtigkeit weckt ihren Ehrgeiz, und der Erfolg gibt ihr recht. „Ich bin in der Lage, durch Stärke und strategisches Denken den Leuten zu zeigen, dass sie sich erfolgreich wehren können“, sagt sie. Bei Anne Will wurde ihr „ein gerüttelt Maß an Leidenschaft“ attestiert.

Sie ermuntert die Schlecker-Frauen: Christina Frank.

Diesen selbstbewussten Optimismus vermittelt sie auch den Schlecker-Frauen, die sie regelmäßig zum Stammtisch ins Gewerkschaftshaus einlädt, damit sie mit ihren Sorgen nicht allein bleiben. Draußen treibt ein heißer Sommerabend die Vergnügungssüchtigen auf die Partymeile in der Stuttgarter Theodor-Heuss-Straße, drinnen hat Christina Frank Apfelsaft, Kuchen und Experten von der Rentenversicherung organisiert, die über Reha-Maßnahmen aufklären. „Ihr habt gearbeitet bis zum Umfallen, ihr hab das verdient“, ermuntert sie die Frauen. Ebenso wie den gemeinsamen Wochenend-Ausflug an den Bodensee in den nächsten Tagen, den sie organisiert



Grund zum Anstoßen: Christina Frank am Vortag der Eröffnung des Genossenschaftsladens „Drehpunkt“ in Erdmannhausen.

hat, damit die Frauen mal wieder rauskommen und etwas anderes sehen als die eigenen vier Wände.

Rund 30 Exverkäuferinnen sitzen um einen Tisch, erzählen teils mit Sarkasmus, teils wütend von ihren Erlebnissen mit dem Arbeitsamt: „Die halten uns dort für doof“, und tauschen ihre Erfahrungen aus mit Vorstellungsgesprächen, bei denen ihnen nicht selten der stolze Stundenlohn von knapp sieben Euro oder gar ein Praktikum angeboten wurde.

„Ich will nicht nur das Abwickeln begleiten“

Die gedämpfte Stimmung ändert sich, als Christina Frank für ihre neueste Idee wirbt. Als Gewerkschafterin kennt sie die Zahlen aller Schlecker-Filialen in ihrem Bezirk. Sie weiß, welche gut liefen. Sie erzählt von Bürgermeistern, die um den einzigen Laden im Ort kämpfen, sie kennt Vermieter, die auch zu geringe-

ren Mieten bereit wären mitzumachen. Zunächst will sie fünf der aufgegebenen Filialen in einem Genossenschaftsmodell übernehmen, unter Regie der entlassenen Schlecker-Frauen. Die Frauen spitzen die Ohren, werden lebendig. „Komm, das machen wir gemeinsam“, sagt eine ältere Frau und stößt ihre jüngere Nebensitzerin in die Rippen. „Ich will nicht nur das Abwickeln begleiten, das ist nur destruktiv. Wir wollen gemeinsam mit den Frauen Alternativen entwickeln“, sagt Frank. Auch die Idee der Genossenschaftsläden ist übrigens an einem Abend in Bernd Riexingers Büro entstanden.

Christina Frank mag derzeit wirklich keine Zeit haben, aber sie nimmt sie sich. Ihre Haare stehen angriffslustig nach

oben, auch wenn sie müde aussieht. Doch ihre Stimme klingt ruhig, egal, ob mal wieder ein Anruf das Gespräch unterbricht, eine Kollegin wegen der angeforderten Praktikantin ins Büro schneit oder eine Schlecker-Frau in der Tür steht und ihr zu einer fehlerhaften Abrechnung eine Schachtel Raffaelo mitbringt, „weil du abgesch wie Schmidts Katze“. Dann lacht Christina Frank, räumt noch einen Stuhl frei, stellt die Pralinen auf den Schreibtisch und stöhnt, dass sie immer zunimmt, wenn sie viel Stress hat. Dann hört sie zu, erklärt, dass der Exverkäuferin noch vom Mai Geld zusteht. „Da muss ich klagen“, sagt sie und verschiebt die Sache mit dem überfüllten Postfach und den vielen Menschen, die zurückgerufen werden wollen, mal wieder in die Nacht.

Christina Frank ist sich sicher, dass sie den tollsten Job der Welt hat. „In welchem Beruf können Sie denn sonst noch die Realität verändern?“, fragt sie.

Christina Frank ist sich sicher, dass sie den tollsten Job der Welt hat. „In welchem Beruf können Sie denn sonst noch die Realität verändern?“, fragt sie.

Die in Stuttgart ansässige Paul-Schobel-Caritas-Stiftung „Arbeit und Solidarität“ hat in Zusammenarbeit mit Verdien den bundesweiten Solidaritätsfonds „Schlecker-Beschäftigte“ eingerichtet. Das Spendenkonto lautet 6402003, BLZ 750 903 00 (Liga Bank).

Herr Kretschmann: Stoppen Sie endlich Stuttgart 21

„Der Kostendeckel ist gerissen, das Projekt ist nicht mehr finanzierbar“, so Marta Aparicio, die Stuttgarter Kandidatin der LINKEN zur Bundestagswahl 2013.

„Das Ergebnis der Volksabstimmung ist nun der Lächerlichkeit preisgegeben. Mit den jetzt im Raum stehenden Mehrkosten von über 1,5 Milliarden Euro kommt ans Licht, wie dreist die Bevölkerung vor über einem Jahr belogen wurde. Der Termin der Veröffentlichung über die erneuten Kostensteigerungen wurde bewusst auf das Jahresende gelegt. Offensichtlich sollen die Meldungen im Vorweihnachtstrubel untergehen.“

Ich fordere Ministerpräsident Kretschmann auf, darauf hinzuwirken, dass dieses Projekt sofort gestoppt wird, bevor noch mehr Schaden entsteht. Sorgen sie dafür, dass Verkehrsminister Ramsauer über seine Vertreter im Aufsichtsrat der Bahn Stuttgart 21 beendet. Die Milliarden werden dringend im vernachlässigten Nahverkehr, im Ausbau der Kitaplätze und in den Schulen gebraucht.“

Sabine Leidig (MdB, verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN)

Ausstieg aus Stuttgart 21 rückt in greifbare Nähe

„DIE LINKE fordert die von dem Grünen Winfried Kretschmann geführte Landesregierung Baden-Württembergs und den designierten, ebenfalls grünen Oberbürgermeister von Stuttgart, Fritz Kuhn, auf, als wesentliche Projektpartner unverzüglich der Bahn gegenüber Verhandlungsbereitschaft über einen Stopp und den Ausstieg aus dem Bahnhofprojekt Stuttgart 21 zu erklären“, so

Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 14. Dezember, in der Dr. Volker Kefer, verantwortlicher Vorstand der Bahn-Infrastrukturtochter DB Netz AG, erklärte, dass keiner der Beteiligten aus diesem Projekt aussteigen wolle. Leidig weiter:

„Die Grünen sind im Land und in der Stadt Stuttgart auch deswegen gewählt worden, weil sie gegen dieses Projekt sind. Jetzt, wo sich angesichts der zugegebenen Kostensteigerungen eine realistische Ausstiegsperspektive ergibt, dürfen die Grünen nicht kneifen. In diesen Verhandlungen müssen sie ferner erklären, dass sie gegenüber der Bahn keine Schadensansprüche geltend machen werden. Unter diesen Bedingungen scheint die Bahn bereit zu sein, über einen Ausstieg zu verhandeln, da Land und Stadt ja bereits erklärt haben, dass sie keine Mehrkosten tragen wollen.“

Auch der Bund als Eigentümer der DB-AG muss Konsequenzen ziehen und den DB-Vorstand zur Verantwortung ziehen. Wer in der Schlichtung und vor der Volksabstimmung landauf, landab erzählt, die Einhaltung des Kostenrahmens von 4,5 Milliarden Euro sei ‚valid‘, der kann nicht mit Verständnis rechnen, wenn es gut ein Jahr später plötzlich 2 Milliarden Euro mehr werden sollen. Hier ist umfassende Aufklärung nötig, wann welche Risiken und Chancen bei den Baukosten wie genutzt wurden – und wie es sein kann, das plötzlich eine solch große Kostenexplosion auftauchen kann. Wer sich um 2 Milliarden Euro verrechnet, vorher aber jahrelang Kostensteigerungen kategorisch ausschließt, ist offenkundig nicht in der Lage, einen großen Konzern zu führen. Da es hier um ein Unternehmen im Bundesbesitz und damit um Steuergelder handelt, muss der Eigentümer die Konsequenzen ziehen und den Vorstand absetzen.“

Rede von Christoph Ozasek zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2013

Wegen S 21 lehnen wir den Haushalt der Region ab

Der Regionalverband Neckar-Alb hat dieser Tage ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept verabschiedet. Ein mutiger Schritt. Neckar-Alb hat sich das Ziel gesetzt, eine klimaneutrale Region zu werden.

DIE LINKE hat im vergangenen Jahr diese Forderung auf die Agenda gebracht. Wir haben in diesem Jahr unseren Antrag erneuert. Und da die CDU-Fraktion in ihrer neuen Rolle als profil-suchende Oppositionspartei ja lernfähig ist – und zudem allseits bekannt ist dass man in CDU-Kreisen gerne bei anderen abschreibt – lag plötzlich ein ähnlicher eigener Antrag vor. Nun können wir

als Beratungsergebnis gespannt den beschlossenen Strategieprozess erwarten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, DIE LINKE wirkt! Und wir werden uns dafür stark machen, dass dieser Strategieprozess nicht in geduldigem Papier endet, sondern in greifbaren Ergebnissen. Denn DIE LINKE hält am Ziel einer „Nachhaltigkeitsregion Stuttgart“ fest.

Leider wurde eine weitere wichtige Forderung der LINKEN, nämlich die Erhebung der Potentiale für die Nutzung der Wasserkraft zur Erzeugung regenerativer Energie und die Nutzung des Wassers als Energiespeichermedium, mehrheitlich verworfen. Aber vielleicht stellt die CDU ja im nächsten Jahr einen gleichlautenden Antrag. Der findet dann ja gewiss das Wohlwollen der Verwaltung und damit die nötige Stimmenmehrheit.

Auch andere Themen der LINKEN haben Eingang in die Maßnahmenplanung der Verwaltung im kommenden Jahr gefunden. So wird die skandalöse Situation von Schwerbehinderten am Arbeitsmarkt näher betrachtet. Und auch die Barrieren an den Bahnhöfen für Sehbehinderte und Blinde werden untersucht.

Besonders freut uns, dass sich die Region auf unseren Antrag hin mit der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung in vielen Gemeinden beschäftigt, mit dem Ziel, Potentiale für Genossenschafts- und Nachbarschaftsläden zu beleuchten – einem solidarischen Grundversorgungsmodell jenseits der rein profitorientierten Lebensmittel- und Drogeriediscounter.

Bitter für uns und hunderttausende Menschen in der Region ist jedoch der Umstand, dass die Fraktionen weiterhin keine eigenen Signale setzen, wie allen Menschen der Zugang zu Mobilität und Teilhabe gewährleistet werden kann. Und die Verwaltung nimmt den einfachen Weg und versteckt sich weiterhin hinter den untätigen Landräten. Unsere Forderung nach einem VVS-Sozialticket werden Sie aber auf absehbare Zeit nicht vom Tisch bekommen, das garantieren wir ihnen.

Nun, kurze Zeit nach der Vertragsverlängerung für die Herren Grube und Kefer – wer hätte es gedacht! – bekommt die Öffentlichkeit neue Hinweise zu Kostensteigerungen für Stuttgart 21 präsentiert. Vermeintliche Einsparpotentiale verpuffen plötzlich, Planungsfehler beim Grundwassermanagement und der ungeklärte Brandschutz treiben die Kosten. Auf 1,1 Milliarden Euro Zusatzkosten schätzen Insider und Bahnwerkschaften die Mehrkosten.

Wir haben es Ihnen prophezeit: Stuttgart 21 wird als Elbphilharmonie des Südwestens, als Planungsruine, in die Geschichte des Landes eingehen. Und

Interesse an Verkehrspolitik?

Die Entwicklung der Bewegung Stuttgart-21 hat den Beweis erbracht: eine alternative Verkehrspolitik im Interesse der Einkommensschwachen, die auf einen leistungsstarken flächendeckenden ÖPNV angewiesen sind, ist zu einem Alleinstellungsmerkmal der LINKEN geworden. Aber sie hat bei uns bisher nur in der SÖS/LINKEN Stuttgarter Stadtratsfraktion und im Bundestags-Verkehrsausschuss einen festen Platz. Deren Ideen und Forderungen zu verbreiten, ihnen zuzuhören und für die Thematik eine kontinuierliche Anlaufstelle einzurichten, wären sicher auch für die öffentliche Wahrnehmung unserer Landespartei hilfreich. Interessenten an einer Arbeitsgemeinschaft Verkehrspolitik wenden sich an Michael Schwarz, Tel. 07071-23192 – shatue@web.de

wir werden Recht behalten. Doch anstatt endlich die Notbremse zu ziehen, treibt die Mehrheit der Regionalversammlung den Irrsinn weiter voran, oder versteckt sich hinter der Volksabstimmung.

DIE LINKE kann daher – trotz vieler sinnvoller Maßnahmen und Investitionen – dem Haushaltsplan nicht zustimmen. Jeder weitere Euro für das offensichtlich gescheiterte Projekt Stuttgart 21 wäre unverantwortlich.

LINKE fordert Abschiebestopp: Gegen Sammelabschiebung

Anlässlich der Sammelabschiebung von Roma-Flüchtlingen über den Baden-Airpark am Dienstag, 11. Dezember erklärte Dirk Spöri von Landesvorstand der LINKEN: „Erst Krieg führen, dann abschieben – so sieht die Realität für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aus. Auch im grün-roten Baden-Württemberg werden weiter Roma nach Serbien, Mazedonien und Kosovo abgeschoben. Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp für Roma-Flüchtlingen und ein dauerhaftes Bleiberecht für alle“, so Spöri zur Abschiebung. Laut EU-Kommission leben 60 Prozent der Roma in Serbien in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen. Sie sind Rassismus und Ausgrenzung ausgesetzt. Nach einer Delegationsreise im Februar war ein Winterabschiebestopp geplant, doch davon will das SPD-Innenministerium nichts mehr wissen.

Spöri kritisiert: „Grün-Rot trampelt damit auf den Hoffnungen und Ängsten der Flüchtlinge herum. Wer bleiben will, soll bleiben, anstatt täglich mit der Angst vor einer Abschiebung konfrontiert zu sein.“ Spöri abschließend: „Ein offenes Europa ohne Grenzen sieht anders aus. Weder gibt es menschenwürdige Lebensbedingungen in ganz Europa, noch offene Grenzen. Nur Kapital und Investitionen fließen ungehindert. Auch unter Grün-Rot ändert sich daran leider nichts.“

DIE LINKE vor Ort: Zur Situation von Flüchtlingen in Karlsruhe

In Karlsruhe werden dieses Jahr 8 000 Flüchtlinge ankommen, die meisten davon sind Roma aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Das sind 52% mehr als im Vorjahr, eine Zahl mit der keiner gerechnet hat. Die Fluchtursachen sind vielfältig und liegen nicht nur in den verheerenden Folgen des Krieges und rassistischer Diskriminierung, sondern vielfach in der aussichtslosen prekären Lage der Menschen. Elementare Menschenrechte wie der Zugang zu



Bildung, Ausbildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung sowie zu sauberem Wasser und Abwasserversorgung werden ihnen vorenthalten.

Die Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge (LAST) in der Durlacher Allee ist schon lange überfüllt, das verantwortliche Regierungspräsidium musste zusätzlichen Wohnraum anmieten. Doch Probleme mit Brandschutz, Hygiene und Lautstärke sind die Folge. Die Unterbringung der Flüchtlinge wurde immer wieder als „menschenunwürdig“ kritisiert. Anwohner beschwerten sich über Lärm. Die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder (Die Linke) verschaffte sich zusammen mit Stadträtin Sabine Zürn sowie Mitgliedern des Karlsruher Freundeskreis Asyl und des Vereins United zusammen mit Vertretern des Regierungspräsidiums einen Überblick in der Delawarestraße, einer von acht Außenstellen.

Der erste Eindruck ist wenig vertrauenswürdig: Von außen bröckelt etwas die braune Fassade ab, ein Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes steht vor der Tür. Davor stehen ein paar Jugendliche. Sie kommen aus Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina. Derzeit sind 110 Flüchtlinge auf die etwa 30 Zimmer verteilt – darunter viele Familien mit Kindern. Vier bis sechs Personen teilen sich ein Zimmer. Für Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber sind 4,5 Quadratmeter pro Person gesetzlich vorgeschrieben – das gilt nicht für Erstaufnahmestellen. Laut Angaben des Regierungspräsidiums waren vor wenigen Wochen hier noch doppelt so viele Menschen untergebracht. Die Situation habe sich jetzt entspannt. Was in der Delawarestraße funktioniert, funktioniert woanders nicht. „Hier funktioniert es offenbar ganz gut, aber es gibt andere Außenstellen, da funktioniert das nicht“, so Karin Binder.

In anderen Außenstellen der Stadt

läuft es nicht so gut. Immer wieder wurde Kritik an den Zuständen dort laut: mangelnder Brandschutz, fehlende Hygiene und enorme Lautstärke. Karlsruhe ist Anlaufstelle und einzige Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Baden-Württemberg für alle Asylbewerber und Flüchtlinge. Die Flüchtlinge stellen in Karlsruhe ihren Asylantrag und werden danach in andere Stadt- und Landkreise weitergeleitet. Aber diese haben ebenfalls keine Kapazitäten: Es fehlt auch dort an Wohnraum. Und es gibt Reibungspunkte – auch mit den Nachbarn. Die Anwohner haben sehr starke Vorurteile.

Allerdings bestätigt Linke-Stadträtin Sabine Zürn, die selbst unweit der Unterkunft wohnt: „Das Engagement und Verständnis in der Nordstadt ist groß. Viele Bürgervereine und ehrenamtliche Helfer engagieren sich.“ Ein weiterer Vorteil der Unterkunft in der Nordstadt: Direkt nebenan liegt der NCO-Club. Das Kinder- und Jugendhaus vom Stadtjugendausschuss Karlsruhe bietet offene Kinder- und Jugendarbeit an: Billard, Tischkicker, Trampolin, Spielsachen und Deutschunterricht. Das Angebot steht auch den Flüchtlingskindern aus der Delawarestraße offen.

Karin Binder betonte bei ihrem Besuch: „Es ist wichtig, dass diese Menschen, die häufig traumatisiert aus einer fremden Kultur kommen und die deutsche Sprache nicht sprechen, nicht sofort wieder zusammengepfercht in heruntergekommenen Unterkünften ein erneutes Trauma erleben. Es muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden.“ Was aber nicht unbedingt der Normalfall ist. Ohne einen engagierten Vermieter, die Hilfe der Vereine und das Angebot des NCO-Clubs wäre das wohl gar nicht möglich.

Denn Sozialbetreuung ist in den Außenstellen nicht vorgesehen. Das sei erst einmal nicht vordergründig, da die

Flüchtlinge sowieso nicht länger als vier bis sechs Wochen – maximal drei Monate – in den Unterkünften bleiben, so das Regierungspräsidium. Dafür gebe es auch kein Personal. Dafür gibt es allerdings einen Sicherheitsdienst.

Wolfgang Weber, DIE LINKE. Karlsruhe

NPD-Verbot allein reicht nicht – Nazis raus aus den Köpfen

Zur Debatte um einen NPD-Verbotsantrag und dessen Erfolgsaussichten erklärt der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn:

Dass ein neues NPD-Verbotsverfahren nun offensichtlich in Gang kommt, ist gut und längst überfällig. Es ist ein deutliches Stopp-Zeichen für die Feinde der Demokratie, für gewalttätige, offen rassistische Organisationen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass man den braunen Dreck in den Köpfen nicht automatisch mit verbietet. Parallel gibt es daher noch weit mehr zu tun, da sind sich Politiker, Juristen und Experten einig. Allein, es fehlt an Taten.

Zwingend nötig ist die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Widerstandes, eine Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten ist nicht hinnehmbar. Die Finanzierung von Projekten gegen rechts muss mindestens gesichert, wenn nicht aufgestockt werden. Schulische Bildung gehört qualitativ den Erfordernissen angepasst.

Zum außergerichtlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus gehört auch ein Wandel im gesellschaftlichen Klima. Solange, beispielsweise mit der deutschen Asylgesetzgebung, suggeriert wird, dass „fremd“ gleich feindlich ist, findet Hass auf Andersdenkende, anders Aussehende, anders Lebende immer wieder einen Nährboden.

Und: All jene, die jetzt ein NPD-Verbot fordern, können ihr Engagement gegen Faschismus und Rassismus auch ganz einfach konkret unter Beweis stellen, mit sichtbarem Protest bei jeder Nazi-Demo an jedem Ort.

Demokratie verteidigen – Spitzelapparate auflösen

Anlässlich des Festaktes „60 Jahre Verfassungsschutz in Baden-Württemberg“ forderte Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN, die Umwandlung des Landesverfassungsschutzes in eine geheimdienstfreie Zone. Die Behörde solle sich ihrer Spitzelapparate entledigen und stattdessen wissenschaftlich gestützte Unterstützungsarbeit leisten, um die Wahrnehmung von Grundrechten im Land zu fördern.

Die neuesten Erfahrungen seien alarmierend, so Strasdeit weiter: „Bei

der Mordserie der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund haben die Geheimdienste auf skandalöse Weise ihre Erkenntnisse eingesetzt, um zu vertuschen statt aufzuklären.“ Gegen links agiere die Grün-SPD-geführte Landesregierung weiter in den Kategorien der Berufsverbote und des Kalten Krieges. Sie kriminalisiert die Ideen des demokratischen Sozialismus und bespitzelt linke und antifaschistische Organisationen. Die Beobachtung der LINKEN mit geheimdienstlichen Mitteln wird unter Innenminister Gall in Baden-Württemberg unvermindert weitergeführt, obwohl DIE LINKE alle ihre Ziele im Rahmen des Grundgesetzes und der Landesverfassung verfolgt. „Die Zeit der Schlapphüte muss beendet werden, damit die Demokratie nicht kaputt geht“, so Strasdeit abschließend.

Pläne von DFB und DFL für ein „sicheres Stadionerlebnis“ kontraproduktiv

Utz Mörbe, Mitglied des Landesvorstandes, gleichzeitig Vorsitzender des Fanclubs Bunte Blaue der Stuttgarter Kickers, meint zu den Fanaktionen baden-württembergischer Vereine „Ohne Stimme-keine Stimmung 12:12“:

DFB und DFL planen problematische Maßnahmen für ein „sicheres Stadionerlebnis“. Geplant sind unter

anderem, Personenkörperkontrollen in Containern, Kollektivstrafen gegen Fanclubs und Vereine bei Verstößen durch Einzelne und die faktische Einstufung von Stehplätzen als potenzielle Gefahrenquelle. Dieser Generalverdacht gegen Fußballfans und die geplanten Kollektivstrafen bei Verfehlungen Einzelner sind ein Schlag ins Gesicht für die Vereine und Fanvertreter, die sich vor Ort um Lösungen über den Dialog bemühen. Die Dialogbereitschaft aller Beteiligten ist der Schlüssel zum Erfolg. Er wird zerstört, wenn unverdächtige und unbescholtene Fans Opfer von Repression werden. Der Dialog darf nicht ersetzt werden durch Konfrontation und Demütigung.

Kommerzialisierung darf nicht die Rolle des Fußballs als Teil einer Massen- und Jugendkultur in Frage stellen. Jeder hat das Recht auf das Erlebnis Fußball. Sie muss der Integration dienen und nicht der pauschalen Kriminalisierung. Und eine mögliche Einschränkung oder gar Abschaffung von Stehplätzen bedeutet Verteuerung und damit Ausgrenzung vieler Fans.

LAG Gesundheit

Das nächste Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit findet statt am Samstag, 12. Januar 2013, Beginn 14 Uhr im Landesbüro Stuttgart. Kontakt: Lothar Schuchmann.

Vor 80 Jahren in Mössingen: Generalstreik gegen Machtantritt Hitlers

Demonstration anlässlich des 80. Jahrestages des Mössinger Generalstreiks.
Treffpunkt: Samstag, 2. Februar 2013, 14 Uhr, Jakob-Stotz-Platz,

Im Januar 2013 jährt sich nicht nur zum achtzigsten Mal die Machtübergabe an Hitler und die NSDAP, sondern am 31. Januar auch der Mössinger Generalstreik. 1933 demonstrierten am Rande der Schwäbischen Alb achthundert mutige Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem Streik gegen die beginnende Nazi-Diktatur. So früh regte sich sonst nirgendwo Widerstand in Deutschland. Sie riskierten viel, über einhundert kamen vor Gericht. Ihnen ging es darum, die Republik zu verteidigen. Hätte es überall in Deutschland eine einheitlich handelnde Streikbewegung gegeben, wäre die Geschichte anders verlaufen, der Welt unermessliches Leid und Zerstörung erspart geblieben. Denn die Mössinger Arbeiter wussten: Hitler bedeutet Krieg!

Die Kundgebung am 2. Februar 2013 will nicht nur an die mutigen Streikenden von damals erinnern und zu einem längst überfälligen positiven Verständnis des Mössinger Generalstreiks beitragen. Die heutige neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik spaltet die Gesellschaft, schwächt die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Sie führt international zu Spannungen und Kriegen. Sicher geglaubte Grundrechte werden rasant abgebaut. In diesen Krisenzeiten belegen zudem täglich neue Skandale die undurchsichtige Verstrickung der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden mit der Neonaziszene. Mit alldem muss Schluss sein! Darum unterstützt der Landesverband der LINKEN Baden-Württemberg die Demonstration und die Forderungen des Aufrufes:

Für ein uneingeschränktes Versammlungs- und Streikrecht! Für eine Demokratisierung der Wirtschaft! Für eine Abschaffung des Verfassungsschutzes und eine Umwidmung der Mittel zugunsten der politischen Bildungsarbeit. Nie wieder Faschismus und Krieg!

Auf nach Mössingen – am 2. Februar 2013!

Weitere aktuelle Infos unter: <http://moessingergeneralstreik.wordpress.com/>

Weiterbildungsreihe mit Zertifikat für linke Medienmacherinnen und -macher. Linke Medienakademie e.V.

In einer Mediengesellschaft bekommt Öffentlichkeitsarbeit immer mehr Bedeutung – besonders für Positionen abseits des gesellschaftlichen Mainstreams ist es wichtig, mit eigenen Wortmeldungen die Öffentlichkeit zu erreichen.

DIE LINKE kann auch in Baden-Württemberg durch Öffentlichkeitsarbeit vor Ort die Basis der Partei insgesamt verbessern, um ihre kommunale Kompetenz und die Positionen zu landespolitischen Fragen zu kommunizieren. Dies ist besonders wichtig, da DIE LINKE – mit wenigen Ausnahmen – von den Mainstream-Medien im Land verschwiegen wird.

Acht Module sollen eine kontinuierliche Weiterbildung für Medienmacherinnen und -macher in den Kreisen ermöglichen. Das Programm wurde in enger Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und LiMA entwickelt.

Der Zeitplan:

- | | |
|------------------|---|
| 16. Februar 2013 | Einführung in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Christoph Nitz, in Stuttgart |
| 13. April 2013 | Gestaltung von Flyern und Flugblättern (mit freier Software) in Karlsruhe |
| 29. Juni 2013 | Rhetorik – mit Training „Wie verhalte ich mich am Infostand“ (im Rahmen der 4. LiMAregional an der Universität in der Stadtmitte) |
| 9. November 2013 | Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Netzwerken und Web 2.0 (mit Schreiben für Online) |
| 8. Februar 2014 | Videoaktivismus – Wie bekomme ich einfach und schnell bewegte Bilder von meinen Aktionen? |
| 12. April 2014 | Textwerkstatt intensiv: Bessere Texte für unsere Öffentlichkeitsarbeit |
| 28. Juni 2014 | Recherche und Medienrecht, Stuttgart (im Rahmen der 5. LiMAregional an der Universität in der Stadtmitte) |
| 11. Oktober 2014 | Strategische Öffentlichkeitsarbeit: Themen vor Ort setzen Abschluss der Weiterbildungsreihe mit Übergabe der Zertifikate |

Die Weiterbildung soll in Stuttgart bzw. Karlsruhe durchgeführt werden. Es können 16 Personen teilnehmen, möglichst vier aus jedem Regierungsbezirk. Empfehlungen der Kreisvorstände und Bewerbungen bitte an das Landesbüro. Der Landesverband trägt einen Teil der Kosten. Von den Teilnehmenden wird ein Eigenanteil von 25 Euro pro Modul erhoben. Dieser Eigenanteil kann auf Antrag von den Kreisverbänden oder dem Landesverband finanziert werden.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Erneuerung durch Streik

Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur

Konferenz vom 1. bis 3. März in Stuttgart (Gewerkschaftshaus)

Beginn: 1. März, 19 Uhr | 2. März, 10:30 Uhr bis 19:30 Uhr | 3. März, 9 Uhr bis 13 Uhr

Bisher wird viel zu wenig über das eigentliche Druck- und Machtmittel des gewerkschaftlichen Kampfes, den Streik, diskutiert. Es ist höchste Zeit, die gewerkschaftlichen Erfahrungen der letzten Jahre zusammenzutragen und auszutauschen. Wir wollen voneinander lernen und diskutieren, welche Elemente positiver Entwicklungen verallgemeinerbar und zukunftsfähig sind.

Der ver.di-Bezirk Stuttgart organisiert deshalb zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. März bis 3. März 2013 eine bundesweite Konferenz im Gewerkschaftshaus Stuttgart mit dem Titel „Erneuerung durch Streik - Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur“.

Arbeitsgruppen u.a. zu folgenden Themen:

Wie funktionieren demokratische Streikformen? ++ Streikstrategien entwickeln, Konflikte zuspitzen, die eigene Macht nutzen
Solidarität, öffentlicher Druck, Zusammenarbeit mit Bündnispartnern ++ Kämpfe gegen Betriebsschließungen
Leiharbeit, Befristung, Teilzeit. Kämpfe unter prekären Bedingungen ++ Streikrecht und politischer Streik als Kräfteverhältnis

Diskussionsbeiträge u.a. von:

Bernd Riexinger (Parteivorsitzender DIE LINKE) ++ Sybille Stamm (ehem. Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg) ++ Cuno Hägele (Geschäftsführer ver.di Stuttgart) ++ Heiner Dribbusch (WSI Düsseldorf)

Die Veranstaltung findet in Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di-Bezirk Stuttgart statt.

Infos: <http://www.rosalux.de/event/46538> ++ Kontakt: Fanny Zeise | zeise@rosalux.de | Tel.: 030-44310-413



Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de • Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: scharf.heidi@t-online.de • Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Gabi Grosse, 71624 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: gaby.grosse@arcor.de, net: http://www.die-linke-esslingen.de/

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbrunn, Tel.: 0160-5330030, Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de • Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de • Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de
Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tonda-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de. www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, Net: www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.eu, Net: http://dielinke-rems-murr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Osttrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, paul.barrois@web.de, Nicole Stadler, nstadler@dator.de. www.die-linke-waldshut.de,

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, mail@stefandreher.de

AG Bildung

über Landesgeschäftsstelle

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, Silvia.Ofori@t-online.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, lothar_schuchmann@gmx.de

AG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, Tel.: 0731-3600260, evamaria_glathe@gmx.de

AG Hartz IV

Jan Albers, 69198 Schriesheim, 06203-6007596, jan.albers.maerz.1980@google-mail.com

Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, Tel. 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, volker.bohn@dielinke-unterland.de

AG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, wolfgang-kaemmerer@t-online.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org www.dieLinke-rv-stuttgart.de

22 Mandate der LINKEN in 15 Kreistagen

Biberach, Ulrich Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Harry Ladwig, harryladwig@aol.com • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke,

peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhard-bross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinew@vicanale.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Obwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de





Veranstaltung zur Eurokrise der Partei DIE LINKE. Baden Württemberg am 1. November 2012 Stuttgart



DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Fotos und Montage: Walter Kubach